ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Suckert, Lisa

**Working Paper**

# Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit? Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat

MPIfG Discussion Paper, No. 21/7

**Provided in Cooperation with:**
Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

*Suggested Citation:* Suckert, Lisa (2021) : Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit? Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat, MPIfG Discussion Paper, No. 21/7, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne, https://hdl.handle.net/21.11116/0000-0009-CCDC-A

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/250380

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES

MPIfG Discussion Paper 21/7

# Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit?
## Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat

Lisa Suckert

MPIfG Discussion Paper

Lisa Suckert
**Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit? Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat**

MPIfG Discussion Paper 21/7
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
December 2021

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2021 by the author

**About the author**

Lisa Suckert is a Senior Researcher at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.
Email: suckert@mpifg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. Copies can be ordered from the Institute or downloaded as PDF files (free).

**Downloads**
www.mpifg.de
Go to *Publications* / *Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0
Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de
info@mpifg.de

## Abstract

Does the pandemic foreshadow a more sustainable order of time? Can the crisis allow for a departure from the capitalist time regime? This article looks at the Covid-19 pandemic and respective state interventions from a perspective inspired by the sociology of time and economic sociology. It shows that the social and economic disruptions attributed to the pandemic can be understood as the result of a collision of opposing temporal logics. In order to contain the pandemic, the state initially enforced ways of dealing with time that contradict the capitalist time regime and its major principles – commodification and rational use of time, acceleration, and appropriation of the future. This "return of the state" as a power governing its citizens' time does not, however, in itself imply a "new temporal order" that goes beyond the current state of emergency. The article shows that those state interventions intended not to contain the virus but to mitigate its social and economic consequences can often be understood as attempts to mediate between different temporal logics and cushion their collision. They essentially facilitate a "return" to the capitalist time regime and thus perpetuate time-related inequalities.

**Keywords:** capitalism, crisis, Covid-19, future, state, temporality

## Zusammenfassung

Erleben wir in der Pandemie eine veritable Neuordnung der Zeit? Erlaubt die Krise gar eine Abkehr vom kapitalistischen Zeitregime? Der Beitrag betrachtet Covid-19 und die einhergehenden staatlichen Maßnahmen aus einer zeit- und wirtschaftssoziologischen Perspektive. Er macht deutlich, dass sich die sozialen und ökonomischen Verwerfungen der Pandemie auch als Ergebnis einer Kollision entgegengesetzter zeitlicher Logiken verstehen lassen. Staatliche Maßnahmen der Pandemiebekämpfung erzwangen zunächst einen Umgang mit Zeit, der dem kapitalistischen Zeitregime und dessen Prinzipien – Kommodifizierung und rationale Verwertung von Zeit, Beschleunigung sowie Aneignung der Zukunft – zuwiderläuft. Diese „Rückkehr des Staates" als zeitpolitische Ordnungsmacht impliziert jedoch keineswegs schon eine „Neuordnung der Zeit", die über den Ausnahmezustand Bestand hat. Der Beitrag zeigt, dass jene staatlichen Interventionen, die über die reine Pandemiebekämpfung hinausgehen, als Vermittlungsversuche zwischen unterschiedlichen zeitlichen Logiken zu verstehen sind, die die Kollision entgegengesetzter zeitlicher Logiken abfedern. Dabei erleichtern sie jedoch im Kern ein „Zurück" zum kapitalistischen Zeitregime und schreiben zeitbezogene Ungleichheiten unbeirrt fort.

**Schlagwörter:** Corona, Kapitalismus, Krise, Staat, Zeitlichkeit, Zukunft

## Inhalt

1 Einleitung 1

2 Die zeitliche Ordnung des Kapitalismus 3

Kommodifizierung und expansive Verwertung von Zeit 3

Beschleunigung 5

Aneignung der Zukunft 6

3 Die Durchsetzung des kapitalistischen Zeitregimes: Zeitlicher Ordoliberalismus 7

4 Die Pandemie als Kollision entgegengesetzter zeitlicher Logiken 10

Neue Imperative von Verlangsamung und Geduld 11

Dekommodifizierung und Umverteilung von Zeitbudgets 13

Von der gestaltbaren Zukunft zur radikalen Unsicherheit 16

5 Von der Rückkehr des Staates zur Neuordnung der Zeit? 19

6 Diskussion und Ausblick 24

Literatur 26

# Von der Pandemie zu einer Neuordnung der Zeit? Zeitsoziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Zeitlichkeit, Wirtschaft und Staat

## 1 Einleitung

Bietet die Coronapandemie die Chance einer veritablen Neuordnung der Zeit? Lässt sich die Krise als Wendepunkt verstehen, der eine Abkehr von den Imperativen des kapitalistischen Zeitregimes erlaubt? Hartmut Rosa (2020) hat im Berliner Journal für Soziologie auf diese Fragen zuletzt eine durchaus optimistische Antwort gefunden. Er versteht die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung als eine staatlich erzwungene Entschleunigung und erkennt darin „eine spektakuläre politische Selbstwirksamkeitserfahrung für die Gesellschaft" (2020, 199). Die kollektive Erfahrung, dass kapitalistische Beschleunigungsimperative durch einen handlungsfähigen Staat außer Kraft gesetzt werden können, eröffne die Chance eines nachhaltigen Pfadwechsels.

Dieser Beitrag setzt sich kritisch mit Rosas These auseinander. Er nimmt sie zum Anlass, die Pandemie und die staatlichen Maßnahmen zu deren Eindämmung dezidiert aus einer zeitsoziologischen Perspektive zu betrachten. Inwiefern hat Covid-19 tatsächlich einen Umgang mit Zeit erforderlich gemacht, der sich von jenem kapitalistischen Zeitregime unterscheidet, das Wirtschaft und Gesellschaft für gewöhnlich prägt und das neben Beschleunigungsimperativen auch durch die Kommodifizierung und rationale Verwertung von Zeit sowie eine kontinuierliche Aneignung der Zukunft gekennzeichnet ist? Und: Welche Rolle spielt der Staat bei der Durchsetzung einer etwaigen Neuordnung der Zeit?

Meine Analyse, die sich auf zeit- und wirtschaftssoziologische Erkenntnisse stützt und diese mit empirischen Beispielen kontrastiert, bestätigt Rosas Befunde zunächst in Teilen. Ich zeige erstens, wie sich die sozialen und ökonomischen Verwerfungen der Pandemie auch als Ergebnis einer *Kollision entgegengesetzter zeitlicher Logiken* verstehen lassen. Zeitliche Erfordernisse der Pandemiebekämpfung wie das Verlangsamen vieler Aktivitäten, das (im ökonomischen Sinne) unproduktive Verstreichenlassen von Zeit oder die Hinfälligkeit von Zukunftsplänen widerstreben den Grundprinzipien des kapitalistischen Zeitregimes. Im Ausnahmezustand der Krise scheint die kapitalistische

Mein Dank gebührt Daria Tisch und Georg Rilinger für ihre äußerst konstruktiven Gutachten. Ihre Kommentare haben zur Verbesserung des Manuskripts ebenso beigetragen wie die wertvollen Hinweise von Marcin Serafin und die Diskussion in der MPIfG-Forschungsgruppe „Wirtschaftssoziologie". Ich danke Martin Widdig und Elias Hofmann für ihre Unterstützung bei Recherche und Literaturbearbeitung. Eine erste Version des Textes wurde im von Martina Löw und Uwe Schimank organisierten DGS-Plenum „„Die Post-Corona-Gesellschaft: Begriffsproblematik und Krisensemantik" vorgestellt. Eine überarbeitete Version dieses Discussion Papers erscheint in Kürze im Berliner Journal für Soziologie.

Zeitordnung erschüttert. Zweitens lässt sich dabei ein *Wiedererstarken des Staates als zeitpolitische Ordnungsmacht* erkennen. Staatliches Handeln greift aktiver in die zeitliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ein und überlässt Fragen von Zeitnutzung, Beschleunigung, Synchronisation und Zukunftsfähigkeit seltener als zuvor der Selbstverwaltung von Organisationen oder der von Adam Smith viel beschworenen „unsichtbaren Hand des Marktes".

Rosas These einer „spektakulären politischen Selbstwirksamkeitserfahrung für die Gesellschaft" wird indes nicht bestätigt. Ich zeige in meinem Beitrag, dass die staatlichen Eingriffe nicht pauschal als das Durchsetzen einer zeitlichen Logik *gegen* den Kapitalismus begriffen werden können. Dies gilt insbesondere für jene Interventionen, die nicht auf die Pandemiebekämpfung im engeren Sinne, sondern auf die Bewältigung der sozialen und ökonomischen Folgen abzielen. Sie stellen vielmehr den Versuch dar, zwischen verschiedenen zeitlichen Logiken zu vermitteln und ermöglichen so die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Zeitregimes über die Krise hinaus. Zudem wurde die Kollision keinesfalls uniform als Entschleunigung oder Befreiung aus den Zwängen einer kapitalistischen Zeitordnung wahrgenommen. Die aus der Pandemie resultierende Erschütterung mag mancherlei Bruchstellen des kapitalistischen Zeitregimes deutlicher sichtbar gemacht haben, sie hat aber vor allem – und nicht zuletzt durch staatliche Eingriffe – zeitbezogene Ungleichheiten und Nöte fortgeschrieben und verschärft. Eine Verstetigung dieser „Neuordnung der Zeit" über den Ausnahmezustand hinaus erscheint daher wenig wahrscheinlich – und nur bedingt wünschenswert.

Der Beitrag entwickelt dieses Argument in vier Schritten. Der erste Abschnitt arbeitet die drei zentralen Charakteristika des kapitalistischen Zeitregimes heraus: Kommodifizierung und rationale Verwertung von Zeit, Beschleunigung sowie Appropriation der Zukunft. Der zweite Abschnitt zeigt auf, wie dieses Zeitregime im Zusammenspiel von Selbstkontrolle und staatlicher Rahmung, Märkten und Organisationen durchgesetzt wird. Aufbauend auf dieser Rekapitulation der zeitlichen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft „in Normalzeiten" erfassen die darauffolgenden beiden Abschnitte die Umbrüche der Pandemie. Der dritte Abschnitt stellt die Krise als Kollision der unterschiedlichen zeitlichen Logiken von Pandemiebekämpfung und Kapitalismus dar. So zeichnen sich in der Pandemie neue Imperative von Verlangsamung und Geduld ab, wir erleben eine Redistribution und Dekommodifizierung von Zeitbudgets und die Zukunft wird zu einer Sphäre radikaler Unsicherheit – all dies betrifft verschiedene Bevölkerungsgruppen jedoch in unterschiedlicher Weise. Der vierte Abschnitt deutet die vielfältigen staatlichen Interventionen zum Abfedern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenfolgen schließlich aus einer zeitsoziologischen Perspektive und zeigt, wie politisches Handeln im Zuge der Pandemie stärker in die zeitliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft eingreift und damit vor allem zur Vermittlung unterschiedlicher zeitlicher Logiken beiträgt. Die abschließende Diskussion reflektiert die Potenziale und Risiken dieser Neuordnung der Zeit, macht aber vor allem deutlich, dass es zum Abbau zeitbezogener Ungleichheiten mehr bedarf als einer bloßen „Rückkehr des Staates" als zeitpolitischer Ordnungsmacht.

## 2 Die zeitliche Ordnung des Kapitalismus

Aus zeitsoziologischer Perspektive stellt der Kapitalismus nicht nur ein Produktionsregime dar. Er geht vielmehr mit einer spezifischen, historisch gewachsenen zeitlichen Ordnung einher. Kapitalistische Akkumulation, Investitionen, Lohnarbeit und marktlicher Wettbewerb erfordern und bedingen einen Umgang mit Zeit, der sich zum Beispiel von jenem in traditionell-agrarischen Wirtschaftsordnungen unterscheidet (Bourdieu 2000). Das kapitalistische Regime prägt die Wahrnehmung und Nutzung von Zeit jedoch weit über die Sphäre der Wirtschaft hinaus (Jessop 2007, 178ff.; Sewell Jr 2008), weswegen im Folgenden von einem „kapitalistischen Zeitregime" die Rede sein soll. Wie aber lässt sich die zeitliche Ordnung beschreiben, die kapitalistische Gesellschaften in Normalzeiten, das heißt jenseits der Pandemie dominiert? Im Rückgriff auf zeitsoziologische Literatur (vgl. insbesondere Adam 2006; Reckwitz 2016) möchte ich drei Merkmale herausarbeiten, die das kapitalistische Zeitregime wesentlich charakterisieren (vgl. Suckert 2021). Der Verweis auf *das* kapitalistische Zeitregime ist dabei selbstredend als analytischer Idealtypus zu verstehen. Genauso wie *der* Kapitalismus in ganz unterschiedlichen nationalen Spielarten und historischen Ausprägungen existiert (Boltanski und Chiapello 2007; Hall und Soskice 2001), variieren auch die entsprechenden zeitlichen Regime und deren institutionelle Verankerung. Gleichwohl zeichnen sich Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, die durch Lohnarbeit, Wettbewerb und Profitorientierung geprägt sind, – für gewöhnlich – durch die Kombination der drei dargestellten Merkmale aus.[1]

### Kommodifizierung und expansive Verwertung von Zeit

Die Konstruktion von Zeit als einer abstrakten, universellen Größe, die durch Uhren und Kalender messbar wird, ist ein wiederkehrendes Thema der klassischen Soziologie. Theoretiker wie beispielsweise Émile Durkheim (2001, 11ff.), Max Weber (1920), Robert Merton (1937) oder Norbert Elias (1984) haben die Abstraktion von Zeitlichkeit hin zu universell gültiger Zeit[2] als ein wesentliches Merkmal moderner Gesellschaften

1 Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Zeitregime anderer, nichtkapitalistischer, aber moderner Gesellschaftsordnungen nicht durch ähnliche Merkmale geprägt sein können. So verweist historische Forschung darauf, dass sich auch der Sozialismus durch starke Zukunftsorientierung, Beschleunigung und Rationalisierung von Zeit auszeichnete (Altena und Hölscher 2018; Cvetkovski 2006; Radkau 2017).

2 *Zeit und Zeitlichkeit:* Die Frage nach dem Wesen der Zeit ist ein viel beachtetes, klassisches Problem der Philosophie, besonders prominent etwa in den *Confessiones* von Augustinus (vgl. Berlinger 1953), später auch bei Kant, Hegel und Heidegger. Im Zentrum steht dabei das Paradox, dass die Zeit ebenso wie der Raum als *a priori* gegeben aufgefasst wird – eine Voraussetzung sinnlicher Erfahrung und Dimension, die allem Seienden innewohnt –, sich die Zeit im Gegensatz zum Raum jedoch nicht *per se* wahrnehmen lässt, sondern erst vermittelt über andere Prozesse und Praktiken erfahrbar wird (zum Beispiel über den Lauf der Sonne, dem Warten auf die S-Bahn oder dem Bis-25-Zählen). Zeit wird vor allem in den Naturwissenschaften als

beschrieben. Nur wenn Zeit eine standardisierte und universelle, das heißt über die Grenzen von Organisationen, Feldern oder Systemen hinweg gültige Größe ist, so das Credo, können moderne Gesellschaften ihre unterschiedlichen Rhythmen synchronisieren und funktionsfähig bleiben (vgl. Nassehi 2008).

Wenngleich Soziologinnen und Soziologen wie Barbara Adam (2005, 23ff.; 2016) oder Pierre Bourdieu (2000) die einhergehende De-Kontextualisierung und Anonymisierung von Zeit immer wieder kritisiert haben, ist die Abstraktion von Zeit für den Kapitalismus eine wesentliche Voraussetzung. Sie erlaubt es, Zeit mit dem abstraktesten aller Medien gleichzusetzen: dem Geld (Esposito 2011; Simmel 1978, 506). Zeit lässt sich nur mit einem Preis versehen, wenn sie als Einheit auch losgelöst von ihrem Träger denkbar wird. Als universelle Einheit, als Stunden und Minuten, können Akteure Zeit auf Märkten handeln, anbieten und nachfragen. Zeit wird so zu einer Ware. Zentrale kapitalistische Institutionen, wie Lohnarbeit oder Zinsen, sind auf diese Kommodifizierung von Zeit angewiesen.

Die Ware Zeit muss nun – wie jede andere Ressource im Kapitalismus – gewinnbringend genutzt werden. „*Zeitvergeudung* ist also die erste und prinzipiell schwerste aller Sünden", bemerkt bereits Max Weber (1920, 167) in seiner Studie des kapitalistischen Geistes. Die Gleichsetzung mit Geld macht Zeit zu einem knappen Gut, dessen vollen Wert es zu extrahieren gilt. Zeit darf folglich nicht ungenutzt verstreichen, sondern muss zielgerichtet, das heißt im Sinne der Kapitalakkumulation zur Wertschöpfung investiert und „verwertet" werden. Die Kommodifizierung von Zeit schlägt sich daher in der Tendenz nieder, menschliche Zeit zunehmend auf jene Prozesse auszurichten, die diese Akkumulation im Kern antreiben: Produktion und Konsum.

Die Expansion dieser kapitalistischen Verwertung von Zeit beschreibt Karl Marx (1921) besonders prägnant in seinen Überlegungen zum Wesen des Arbeitstages. Er zeichnet historisch nach, wie Arbeitgeber darauf drangen, die für den Lohn zu erbringende Arbeitszeit penibel von anderen Zeiten abzugrenzen und dabei etwa durch die Kürzung

---

neutrale Rahmenbedingung des Geschehens verstanden, universell messbar in Sekunden und Minuten. Demgegenüber begreift die Zeitsoziologie Zeit als genuin sozial, da sie konstruiert wird und somit kontingent ist. Diese Unterscheidung kommt in Teilen der Literatur zum Ausdruck, indem „Zeit" und „Zeitlichkeit" als distinkte Begriffe gebraucht werden. Während Zeit auf eine universelle Dimension verweist, meint Zeitlichkeit die subjektive Erfahrung, Wahrnehmung und Vorstellung von Zeit. Aus einer stärker praxeologischen Perspektive erscheint diese Unterscheidung jedoch fraglich: Auch scheinbar universelle Zeit wird nur vermittelt durch konkrete soziale Praktiken erfahrbar, etwa dem Vermessen durch kulturelle Kategorien, dem gemeinsamen Erleben und Bewerten. Zeit lässt sich als Produkt von Praxis verstehen und kann damit nicht losgelöst von Zeitlichkeit existieren (zu unterschiedlichen Zeitbegriffen siehe auch Reckwitz 2016). Die Erfahrung von Zeit als „universelle" Dimension erscheint dann als spezifische Zeitlichkeit der Moderne. In diesem Sinne werden Zeit und Zeitlichkeit im Folgenden nicht systematisch unterschieden, sie heben jedoch unterschiedliche Facetten eines Phänomens hervor. Auf Zeitlichkeit wird vorrangig verwiesen, um die Kontingenz von Zeitwahrnehmung – auch in der Moderne – zu betonen.

„überflüssiger“ Pausen oder Schichtsysteme sukzessive auszuweiten. Die heutige Arbeitswelt unterscheidet sich zweifelsohne von jener, die Marx in der Mitte des 19. Jahrhunderts vorfindet: Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wurde in Deutschland bis in die 1990er-Jahre hinein stetig reduziert und mit dem Arbeitszeitgesetz von 1969 „in der Regel“ auf 40 Stunden festgeschrieben (vgl. auch Maurer 1992). Der grundlegende Konflikt um die kapitalistische Verwertung von Zeit besteht jedoch auch im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts fort. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten hat seit Mitte der 1990er-Jahre nicht nur zu einem leichten Anstieg der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit, sondern auch zu einer Entgrenzung des Arbeitstages beigetragen. In der flexiblen, globalen und digitalen Arbeitswelt der Gegenwart wird die Unterscheidung von Arbeitszeit und Freizeit zunehmend – und häufig durchaus bewusst – verwischt (Snyder 2016).[3] Ebenso lassen sich Debatten um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder die Verkürzung der Schul- und Studienzeit als Versuche verstehen, individuelle Lebensarbeitszeit zu erhöhen (Han und Moen 1999; Lynch 2012).

Darüber hinaus umfasst die Verwertung auch maßgeblich eine qualitative Umdeutung von Zeit. So beschreibt Helga Nowotny (1989, 115ff.) eine fortschreitende Umwandlung von privater, nichtmonetarisierter Zeit in öffentliche, monetarisierte Zeit. Freizeit wird beispielsweise in kommerzialisierte Formen der Erholung überführt. Befeuert durch immer neue Angebote der Freizeit- und Unterhaltungsindustrie wird sie nur noch selten als wirklich freie Zeit verbracht, sondern stattdessen, gegen viel Geld, konsumiert. In ähnlicher Weise werden zeitaufwendige, aber vormals unvergütete Tätigkeiten wie Haushaltsführung oder die Sorge für Kinder und Alte in (gering) bezahlte Arbeitszeit transformiert (Bakker 2007; Fraser 2016). Der entsprechende Zeitaufwand lässt sich alsdann auf dem Markt anbieten oder nachfragen. Den Akteuren, die bislang mit derartigen Aufgaben betraut waren – insbesondere Frauen –, eröffnet sich bei entsprechenden Ressourcen die Möglichkeit, sich „freizukaufen“ (Fraser 2016; Gupta 2007). Zeit, die bislang für Sorgearbeit „verloren ging“, kann nun zurückgekauft werden, um sie in eigene, potenziell besser bezahlte Erwerbsarbeit wertschöpfend zu investieren. In der Folge ist jedoch ein immer größerer Anteil menschlicher Lebenszeit dem kapitalistischen Zeitregime und seinen Imperativen ausgesetzt.

## Beschleunigung

Das kapitalistische Zeitregime ist zudem durch eine Intensivierung der Zeitnutzung geprägt. Es gilt, immer mehr in immer kürzerer Zeit zu bewerkstelligen. Bereits Georg Simmel (1978, 499f.) identifizierte diese Beschleunigungstendenz als ein spezifisches Charakteristikum der Moderne – ein Befund, der auch von Historikern wie Reinhart Koselleck (2004) oder Soziologen wie Hartmut Rosa (2013) untermauert wird (vgl. auch

3 Vgl. dazu die klassische Abgrenzung von Arbeits- und Freizeit, auf die zum Beispiel Jürgen Habermas (1958) verweist.

Snyder 2013). Der Kapitalismus begünstigt diese moderne Neigung, das Tempo zu erhöhen. Wo Zeit Geld kostet, kann es niemals schnell genug gehen. Die grundlegenden kapitalistischen Prinzipien von Wettbewerb und Wachstum treiben Akteure dazu an, schneller zu sein als die Konkurrenz, nicht stehen zu bleiben oder sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Joseph Schumpeters (2000) Konzept der „schöpferischen Zerstörung", mit dem er das Wesen des Kapitalismus zu umschreiben versuchte, verweist auf ebendiese unaufhörliche Beschleunigung, das heißt eine Welt, die sich immer schneller im Umbruch befinden muss. Mark Zuckerberg hat diese Einsicht Schumpeters bekanntermaßen als Credo für den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts reformuliert: „Move fast and break things."

In der Tat scheinen die Prozesse der Globalisierung, Finanzialisierung und Digitalisierung, die das gegenwärtige kapitalistische Regime prägen, die Geschwindigkeit weiter zu erhöhen. So „schläft" in einer globalisierten Welt die Konkurrenz nie, denn irgendwo auf dem Erdball wird immer produziert, konsumiert, noch schneller entwickelt. Intensivierter globaler Wettbewerb steigert so den Druck, zu beschleunigen. Gleichzeitig müssen sich viele Wirtschafts- und Lebensbereiche nach dem rasanten Tempo der Finanzmärkte ausrichten, wo Geld zum Zweck der Akkumulation immer schneller umgeschlagen wird. Technologischer Fortschritt, so betont etwa Judy Wajcman (2008; 2015), muss nicht per se beschleunigend wirken, sondern könnte auch dafür eingesetzt werden, zeitliche Freiräume zu schaffen und zu *ent*schleunigen. Tatsächlich werden technische und vor allem digitale Innovationen jedoch im Kapitalismus überwiegend genutzt, um den Takt von Produktion, Kommerzialisierung und Konsum weiter zu erhöhen.

Beschleunigung wird so zu einem allgemeingültigen Anspruch, dem sich alle Mitglieder der Gesellschaft zu unterwerfen haben – den aber häufig jene am besten einlösen können, die über entsprechende Ressourcen verfügen (Sharma 2014). Dass die zunehmende Geschwindigkeit für eine Reihe gesellschaftlicher Probleme verantwortlich zeichnet, ist eine zentrale Einsicht der Zeitsoziologie, die nicht müde wird, der kapitalistischen Beschleunigungstendenz vielfältige psychische, soziale und politische Verschleißerscheinungen zuzuschreiben (Rosa 2016; Snyder 2016; Wajcman und Dodd 2016).

## Aneignung der Zukunft

Gegen diese kritische Perspektive lässt sich einwenden, dass der Imperativ stetiger Beschleunigung und damit Optimierung den Kapitalismus letztlich anpassungsfähig macht. Im Kapitalismus bieten sich für Akteure Anreize, es besser zu machen, schneller und effektiver zu werden, der Konkurrenz einen Schritt voraus zu sein. Akteure werden angehalten, Fortschritt zu befördern und ihr Handeln auf die Zukunft auszurichten.

In der Tat wurde der Kapitalismus in den letzten Jahren wiederholt als Wirtschaftsordnung beschrieben, die exzessiv auf die Zukunft ausgerichtet ist (vgl. auch Beckert und Suckert 2021; Urry 2016; Wenzel et al. 2020). Insbesondere Jens Beckert (2013; 2016) hat darauf verwiesen, dass wichtige Elemente kapitalistischer Dynamik wie Kredite, Investitionen, Innovation oder Konsum von Zukunftsvorstellungen motiviert werden. Der Kapitalismus wird angetrieben vom Glauben der Akteure an eine offene Zukunft, die neue Möglichkeiten bietet und von der sich profitieren lässt.

Die zugrunde liegende Obsession mit der Zukunft ist jedoch – wie für den Kapitalismus nicht unüblich (Honneth 2002) – zutiefst paradox. So ist der Kapitalismus einerseits auf die Vorstellung einer *offenen* Zukunft angewiesen; in modernen, kapitalistischen Gesellschaften wird die Zukunft eben nicht als determiniert oder von höheren Kräften bestimmt gedacht. Unternehmertum wird erst möglich, wenn die Zukunft nicht als hinzunehmendes Schicksal erscheint, sondern als eine wandelbare Sphäre, die sich ausgehend von der Gegenwart gestalten und nutzen lässt. Diese Aneignung der Zukunft, durch die Zukunft als Ressource zugänglich wird, erfordert jedoch andererseits ihr stetiges *Einhegen* und *Eingrenzen*. Um die Zukunft nutzbar zu machen, darf sie nicht determiniert, aber eben auch nicht willkürlich erscheinen, sondern muss den Anforderungen von Planbarkeit und Regularität unterworfen werden. Barbara Adam beschreibt diese Unterwerfung als eine „Kolonialisierung der Zukunft" (Adam 2006, 140ff.).

Eine Vielzahl von kapitalistischen Alltagspraktiken hat ebendiese ambivalente Funktion: die Zukunft durch Pläne, Berechnungen, Simulationen und Prognosen gleichzeitig zu öffnen und zu schließen und dadurch navigierbar zu machen. So zielen Businesspläne (Giraudeau 2018) oder Finanzkalkulationen, die die Zukunft „diskontieren" (Doganova 2018; Muniesa et al. 2017), zwar einerseits darauf, alternative Zukünfte denkbar zu machen (Beckert 2021) – die Zukunft wird durch sie jedoch keinesfalls entfesselt, allenfalls „einen Spalt weit" geöffnet. Die Zukunft wird als antizipierbare Kausalkette zu einer beherrschbaren Größe umgedeutet (vgl. Kraemer 2021), die man sich zu eigen machen kann. Der Kapitalismus, der maßgeblich durch die Zukunftsorientierung der Akteure angetrieben wird, erfordert und bedingt somit eine Zukunft, die zwar als offen und gestaltbar erscheint, dabei aber in erster Linie plan- und vorhersehbar sein muss.

## 3 Die Durchsetzung des kapitalistischen Zeitregimes: Zeitlicher Ordoliberalismus

Wie aber wird die zeitliche Ordnung des Kapitalismus in Wirtschaft und Gesellschaft durchgesetzt? Die Kommodifizierung und rationale Verwertung von Zeit, Beschleunigung und Aneignung der Zukunft werden – zumindest hierzulande und heutzutage (vgl. Thompson 1967) – nicht durch körperliche Gewalt erzwungen, sondern durch ein Zu-

sammenspiel von staatlicher Rahmung mit marktorientierter und organisationsinterner Koordination umgesetzt. Dieses lässt sich im Sinn eines „zeitlichen Ordoliberalismus“[4] verstehen.

Charles Tilly (1994) hat eindrücklich beschrieben, wie die Herausbildung von konsolidierten Nationalstaaten die Durchsetzung eines allgemeingültigen Umgangs mit Zeit bedingt und erfordert. Die Zeitlichkeit seiner Bürger zu ordnen und zu kontrollieren, so Tilly, ist eine wesentliche Funktion nationalstaatlicher Herrschaft. Es lässt sich daher, auch in Normalzeiten jenseits des derzeitigen Ausnahmezustandes, kaum bezweifeln, dass Staaten mittels Ge- und Verboten, Normen und institutionellen Anreizen beeinflussen, auf welche Art und Weise Bürger über Zeit denken, sie nutzen und wahrnehmen (Manow 1998; Rice, Goodin und Parpo 2006). So tritt der Staat beispielsweise als zeitliche Ordnungsmacht auf, wenn er das Renteneintrittsalter festlegt oder Kinderarbeit verbietet, die maximale wöchentliche Arbeitszeit reguliert oder regelmäßige Arbeitspausen festschreibt; wenn er Feiertage oder den Wechsel von Sommer- zu Winterzeit bestimmt, Ladenöffnungs- und Vertragslaufzeiten reglementiert; wenn er Ansprüche auf Kinderbetreuung, Elternzeit oder Urlaub gewährleistet; wenn er Nachtflugverbote und Sperrstunden verhängt oder Versicherungen und Rücklagen zur Absicherung gegen zukünftige Unwägbarkeiten verlangt.

In seiner Analyse konstatiert Charles Tilly jedoch bereits in den 1990er-Jahren, dass der Zenit „staatlicher Zeiten“ überschritten sei (1994, 291ff.). Der Machtverlust des Nationalstaats, der sich angesichts von Globalisierung und Finanzialisierung abzeichnet, würde auch die staatliche Fähigkeit beeinträchtigen, als zeitpolitische Ordnungsmacht aufzutreten. Der Staat, so Tilly, gibt zunehmend die Macht ab, die Zeitlichkeit seiner Bürger zu gestalten.

Für das Deutschland der 1990er-Jahre zeichnet Philip Manow (1998) in ähnlicher Weise eine Verschiebung hin zu einem liberalen und damit individuelleren Zeitverständnis nach. In der Tat wurden in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen zeitbezogene Regulierungen liberalisiert: zum Beispiel wurden zulässige Ladenöffnungszeiten ausgeweitet, die Arbeitszeitgesetzgebung flexibilisiert oder die Absicherung der Zukunft durch den Wohlfahrtsstaat zunehmend auf private Altersvorsorge und Versicherungen übertragen. „Weicheren“, dezentralen Koordinationsmechanismen kommt für die Synchronisation einzelner Zeitlichkeiten somit größere Bedeutung zu.

Ich möchte die Durchsetzung der vorherrschenden zeitlichen Ordnung, die gewöhnlich dominiert, daher als „zeitlichen Ordoliberalismus“ beschreiben. Analog zur Charakterisierung ordoliberaler Wirtschaftsordnungen beschreibt zeitlicher Ordoliberalismus eine zeitliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die durch staatliche Maßnahmen und Gesetze eher gerahmt als festgelegt wird. Bis auf wenige Ausnahmen, etwa

4 Für eine kritische historische Auseinandersetzung mit dem Konzept des Ordoliberalismus als antiliberaler Ideologie vgl. Manow (2001).

für Gefangene, Schulpflichtige und Sozialhilfeempfänger, wird die konkrete Ausgestaltung von Zeitlichkeit, das heißt, wie Zeit wahrzunehmen und zu nutzen ist, nicht direkt durch den Gesetzgeber bestimmt, gelenkt und erzwungen. Insbesondere die oben beschriebenen Charakteristika des kapitalistischen Zeitregimes – Kommodifizierung von Zeit, Beschleunigung und Aneignung der Zukunft – werden nicht durch Gesetze festgeschrieben oder durch staatliche Akteure vollstreckt. Gemäß der zugrunde liegenden liberalen Maxime wird die Allokation von Zeitbudgets, die Orientierung an Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie Rhythmen, Geschwindigkeiten und Reihenfolgen in weiten Teilen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens den einzelnen Akteuren überlassen. In freiheitlichen Gesellschaften kann jeder und jede also im Prinzip frei über die eigene Zeit verfügen, sie nach Belieben gewinnbringend veräußern oder verbummeln, für die Zukunft planen oder in den Tag hinein leben.

Die konkrete Koordination individueller Zeitlichkeiten erfolgt indes durch dezentrale Institutionen. Neben tradierten und familialen Normen spielen dabei Organisationen – und in kapitalistischen Gesellschaften allen voran: Unternehmen – eine wichtige Rolle (Lee und Liebenau 1999). Durch formale interne Regeln, Abläufe und Sanktionen, aber ebenso durch informelle Konventionen und Erwartungen strukturieren Unternehmen die Zeitlichkeiten ihrer Arbeitnehmer, Manager, Lieferanten und Kunden. Sie organisieren so die Nutzung, Wahrnehmung und das Denken über Zeit. Organisationen bedingen und synchronisieren viele zeitbezogene Praktiken direkt, haben dabei jedoch immer auch eine „Erziehungsfunktion". Was E. P. Thompson (1967) für die Frühphase der Industrialisierung eindrücklich beschreibt, gilt auch heute für viele betriebliche Kontexte: Durch ständiges Rekapitulieren und Einüben werden die Logiken von Zeitvermessung, rationaler Zeitnutzung, Beschleunigung und planvoller Zukunftsorientierung internalisiert. Erst durch diese inkorporierte „Selbstkontrolle" (Elias 1984) gelingt es, die Imperative des kapitalistischen Zeitregimes auch ohne offensichtliche Sanktionen und über den Geltungsbereich der Organisationen hinaus durchzusetzen.

Darüber hinaus kommt der für kapitalistische Gesellschaften spezifischen Institution des Marktes eine wesentliche Funktion für die Durchsetzung der zeitlichen Ordnung zu. Die „unsichtbare Hand des Marktes" koordiniert nicht nur Angebot und Nachfrage, sondern auch verschiedene Zeitlichkeiten. Sie bestimmt Geschwindigkeiten, Reihenfolgen, Zeitbudgets, Rhythmen oder zeitliche Orientierungen von Akteuren und Organisationen, die im Wettbewerb bestehen wollen. Die marktliche Koordination von Zeitlichkeiten führt jedoch nicht nur zu einem potenziellen Zugewinn an Effizienz und Anpassungsfähigkeit, sondern, gerade im Zusammenspiel mit der Kommodifizierung von Zeit, auch dazu, dass zeitliche Autonomie, das heißt der selbstbestimmte Umgang mit Zeit (Goodin et al. 2008), stark ungleich verteilt ist. *Im Prinzip* können alle frei über die eigene Zeitlichkeit verfügen. In der Realität hängt es jedoch oft von den verfügbaren Ressourcen, sprich dem Kapital der Akteure ab, inwiefern sie sich den Imperativen des kapitalistischen Regimes beugen müssen oder entziehen können. Mit Geld lassen sich Prozesse beschleunigen oder Zeit zurückkaufen; Geld erleichtert es, sich die Zukunft offenzuhalten; wer über ausreichend Geld verfügt, kann andere Akteure dazu zwingen,

ihre Rhythmen anzupassen, oder Zeit überbrücken. So zeigt Sarah Sharma (2014), dass Eliten, wie etwa Frequent Business Traveller, nahezu nach Belieben und Anlass be- und entschleunigen können. Diese Fähigkeit wird jedoch nur durch eine Armada von weniger privilegierten Akteuren ermöglicht, die sich den ständig wechselnden Geschwindigkeiten und Rhythmen anpassen müssen und so selbst kaum über zeitliche Autonomie verfügen. Andere warten zu lassen oder zur Eile zu nötigen, ist eine Form von Herrschaft (Auyero 2010; Schwartz 1974; Serafin 2019), die sich vor allem jene Akteure leisten können, die über ausreichend Kapital verfügen. Ungleichheit, als ein grundlegendes Merkmal kapitalistischer Gesellschaften, wird so auch auf der Dimension der Zeit sichtbar, und zwar als *ungleiche zeitliche Autonomie*. Die staatliche Rahmung des zeitlichen Ordoliberalismus zielt allenfalls in Ansätzen darauf, diese ungleichen Freiheitsräume auszugleichen und überlässt in weiten Teilen marktorientierten und organisationsinternen Koordinationsprozessen die Ausgestaltung der zeitlichen Ordnung.

## 4 Die Pandemie als Kollision entgegengesetzter zeitlicher Logiken

Als im Frühjahr 2020 apokalyptische Bilder, zunächst aus dem chinesischen Wuhan und später aus dem italienischen Bergamo, die Menschen in Aufruhr versetzten, sahen sich Regierungen weltweit gezwungen, zur Eindämmung der Pandemie Maßnahmen zu ergreifen, die das ökonomische und gesellschaftliche Leben maßgeblich beeinträchtigten (Hale et al. 2021). Um die Übertragung des Coronavirus zu unterbinden, sollten „soziale Kontakte“[5] reduziert werden. Lockdowns, Verbote bestimmter Dienstleistungen und Veranstaltungen, Schließungen von Geschäften, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren stellten zuvor undenkbare Eingriffe dar, die den freiheitlichen Charakter moderner Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme auf vielen Ebenen erschüttert haben.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und in den öffentlichen Diskursen wurde diese Erschütterung und der Ausnahmezustand, der mit ihr einhergeht, häufig als räumliches Phänomen begriffen. Der Gegensatz von Nähe und Distanz, die Wiederkehr

5 Die Gleichsetzung von „sozialen Kontakten“ mit der Möglichkeit zur Ansteckung ist aus soziologischer Perspektive ungenau und problematisch. Wenn zwei Menschen miteinander telefonieren, sich aus der Ferne zuwinken oder in Raumfahrtanzügen gemeinsam spazieren gehen, ist ihr Handeln wechselseitig aufeinander bezogen – es handelt sich also um soziale Kontakte, aber ausdrücklich nicht um potenzielle Situationen der Ansteckung. Nutzen zwei Menschen hingegen kurz nacheinander dieselbe Zugtoilette, sehen wir keinen sozialen Kontakt, wohl aber die Gefahr einer Übertragung. Aus dieser Perspektive wäre eventuell auch eine andere politische Schwerpunktsetzung möglich geworden. Anstatt auf die bloße Vermeidung sozialer Kontakte und damit einhergehend auf eine gewisse soziale Passivität zu dringen, hätten politische Maßnahmen dazu ermutigen können, soziale Kontakte aktiv so zu gestalten, dass eine Übertragung von Covid-19 vermieden wird.

von Grenzen oder die Identifikation von Hotspots und Risikogebieten rückten für viele Menschen ins Blickfeld. In einer raumtheoretisch fundierten Betrachtung beschreiben Martina Löw und Hubert Knoblauch (2020) die Pandemie daher als eine „Refiguration von Räumen". Zum Schutz der Bevölkerung griffen Regierende massiv in die räumliche Ordnung der Gesellschaft ein und definierten soziale Räume wie zum Beispiel „die Öffentlichkeit" auf neue Art und Weise. Diese Refiguration, so die Autoren, sei geprägt von einem Spannungsverhältnis widersprüchlicher räumlicher Logiken: von Öffnung und Schließung, Territorien und Netzwerken, Hierarchie und Heterarchie.

Der folgende Abschnitt erweitert diesen Befund der Refiguration und zeigt auf, dass die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 die gesellschaftliche Ordnung nicht nur in der Dimension des Raumes, sondern ebenso in der Dimension der Zeit herausgefordert und – zumindest temporär – erschüttert haben. Zeitliche Strukturen und Zeitlichkeiten, die das moderne Zusammenleben für gewöhnlich prägen, wurden im Ausnahmezustand der Pandemie infrage gestellt. Auch aus zeitsoziologischer Perspektive zeigt sich ein Spannungsverhältnis, das heißt eine Kollision verschiedener Logiken. Die staatlichen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung etablieren eine zeitliche Logik, die die Prinzipien des kapitalistischen Zeitregimes erschweren, unmöglich machen oder ins Gegenteil verkehren (vgl. Suckert 2021). Anstelle von Beschleunigung zeigten sich neue Imperative von Verlangsamung und Geduld; statt Kommodifizierung und expansiver Verwertung von Zeit erlebten wir im Ausnahmezustand der Pandemie eine Redistribution und partielle Dekommodifizierung von Zeitbudgets; die Zukunft, schließlich, entzog sich der Aneignung und wurde zu einer Sphäre radikaler Unsicherheit (vgl. Tabelle 1). Verschiedene Bevölkerungsgruppen wurden von dieser Kollision widerstreitender Logiken jedoch in unterschiedlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen.

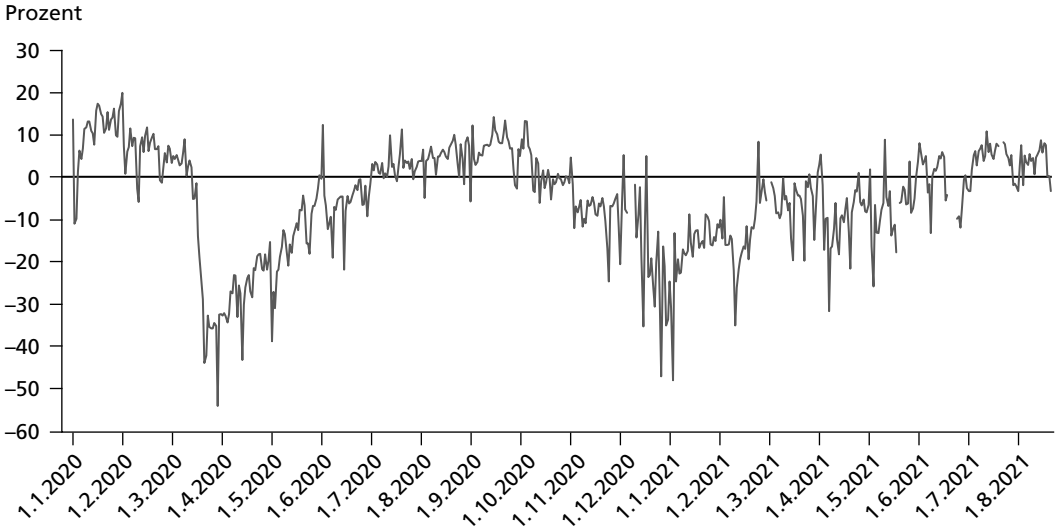
Tabelle 1 Die Pandemie als Kollision widerstreitender zeitlicher Logiken

| Charakteristika des kapitalistischen Zeitregimes | im Konflikt mit | Zeitliche Logik der Pandemiebekämpfung |
|---|---|---|
| Beschleunigung | vs. | Neue Imperative von Verlangsamung und Geduld |
| Kommodifizierung und expansive Verwertung von Zeit | vs. | Dekommodifizierung und Umverteilung von Zeitbudgets |
| Aneignung der Zukunft | vs. | Zukunft als radikale Unsicherheit |

## Neue Imperative von Verlangsamung und Geduld

Die sonst gültigen Normen von Wachstum und Beschleunigung schienen mit dem Ausbruch der Krise in den Hintergrund gerückt. Experten wurden nicht müde zu betonen, es ginge im Kampf gegen das Coronavirus darum, zu reduzieren, zu verlangsamen und geduldig zu bleiben. Erstaunlich schnell verhalfen viele Staaten diesen neuen Imperativen von Verlangsamung und Geduld zu Geltung und vollzogen, was immer wieder als „Notbremsung"' bezeichnet wurde: Grenzschließungen, Reisebeschränkungen,

Abbildung 1 Veränderung der Mobilität in Deutschland gegenüber 2019




Quelle: Statistisches Bundesamt (2021a), basierend auf Bewegungs- und Mobilfunkdaten von Teralytics.

Ausgangssperren oder die Schließung von Produktions- und Konsumstätten zielten darauf, die Ausbreitung von Covid-19 zu verlangsamen – bremsten dabei jedoch auch das soziale Leben aus. Die Wirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft lässt sich an vielerlei Indikatoren nachzeichnen. So ist beispielsweise der internationale Flugverkehr seit März 2020 massiv eingebrochen. Laut der International Air Transport Association lag selbst im März 2021 die Anzahl der weltweit bedienten Flugrouten 50 Prozent unter dem Wert von 2019 und die Anzahl der monatlichen Flüge fiel 48 Prozent unter die Marke von 2019 zurück (IATA 2021). Auch das Verkehrsaufkommen auf deutschen Straßen reduzierte sich während der ersten Welle der Pandemie um fast die Hälfte und blieb selbst 2021 merklich unter dem Niveau von 2019 (BAST 2021). In ähnlicher Weise zeigen Mobilfunkdaten für Deutschland (Abbildung 1), dass sich die Mobilität im Verhältnis zum jeweiligen Zeitraum im Jahr 2019 in der ersten Welle um rund 40 Prozent verringert hat; in der zweiten und dritten Welle lag die Mobilität immerhin noch 10 beziehungsweise 20 Prozent unter den Werten von 2019 (Statistisches Bundesamt 2021a). Die merkbare Reduktion von Bewegung seit Ausbruch der Pandemie veranschaulicht zumindest eine physische Verlangsamung.

Diese reduzierte Dynamik, aber auch die einhergehenden Synchronisationsprobleme in Betrieben und Just-in-time-Lieferketten schlugen sich schließlich in einer verringerten Wirtschaftsleistung nieder, einer Größe, die immer auch *pro Zeiteinheit* gemessen wird. Weltweit und speziell für Deutschland brach im Frühjahr 2020 das Bruttoinlandsprodukt je Quartal ein und erholt sich seitdem nur zögerlich. Bezeichnenderweise hat die OECD ihren im Frühjahr 2021 erschienenen Report, der mehr Anstrengungen zur wirtschaftlichen Erholung anmahnt, mit dem Titel „The need for speed" überschrieben (OECD 2021b).

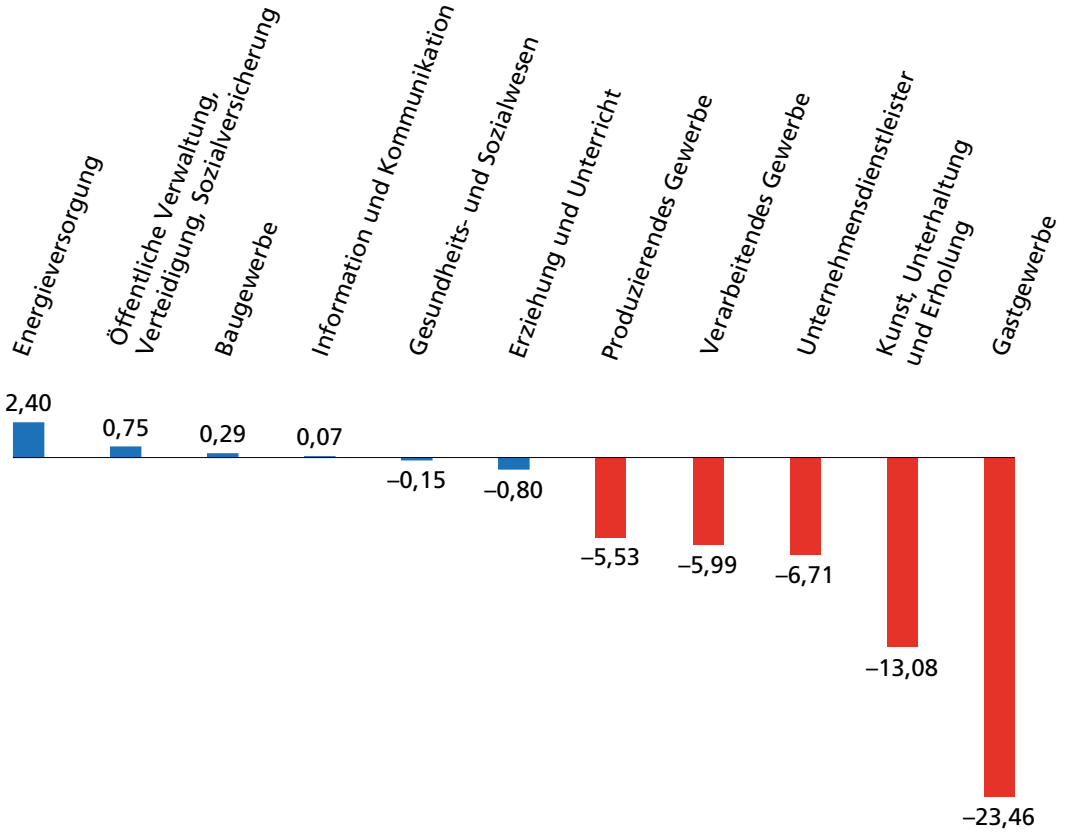
Auch auf der Mikroebene haben die wiederholten Lockdowns zu einer veränderten Wahrnehmung von Zeit geführt. Zeit wurde von einem abstrakten, aber knappen Gut zu etwas sehr Konkretem, das für manche Menschen auf einmal im Überfluss vorhanden war. Warten wurde zu einer dominanten Alltagspraxis, eine Erfahrung, die für kapitalistisch sozialisierte Menschen neu war. Es musste plötzlich vor Geschäften, Schnellteststationen und an nationalen Grenzen gewartet werden. Egal ob auf die nächste Lieferung Toilettenpapier, den ersten verfügbaren Zeitslot im Freibad oder den ersehnten Impftermin – man hatte sich zu gedulden. Dabei mussten verschiedene Akteursgruppen nicht nur unterschiedlich lange warten (siehe unten), sondern auch das Warten an sich wurde sehr unterschiedlich empfunden. Manche bildungsbürgerlichen Milieus mögen die Lockdowns als wohltuende Entschleunigung genossen haben, als Befreiung aus dem rigiden kapitalistischen Zeitregime und einer Kultur des Überflusses. Geduldig zu warten fällt jedoch schwerer, wenn die allgemeine Geschwindigkeitsreduktion auch mit einem kritischen Absinken des eigenen Einkommens einhergeht; es erscheint bedrohlicher, wenn die eigene Karriere von empfindlichen Zeitplänen und befristeten Verträgen abhängt. Darüber hinaus wurde auch der schlichte Überfluss der für gewöhnlich knappen Ressource Zeit nicht von allen gleichermaßen als beglückend empfunden. So vervierfachten sich beispielsweise Internetsuchanfragen, die den Ausdruck „Langeweile“ beinhalten, in der ersten Welle in Deutschland und blieben während der nachfolgenden Wellen auf hohem Niveau (vgl. Google Trends). Wenngleich die Aussagekraft solcher Suchanfragen mit Vorsicht zu genießen ist,[6] deuten sie doch darauf hin, dass Erfahrungen von Langeweile (Brissett und Snow 1993; Ohlmeier, Finkielsztein und Pfaff 2020) im Ausnahmezustand der Pandemie zugenommen haben. Die Verlangsamung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und die Abkehr von Beschleunigungsimperativen scheint auch als Entleerung und Entwertung der eigenen Lebenszeit empfunden worden zu sein.

## Dekommodifizierung und Umverteilung von Zeitbudgets

Die staatlichen Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie haben zudem eine Umverteilung von Zeit erzwungen und damit Tendenzen der Kommodifizierung und expansiven Verwertung von Zeit, die dem kapitalistischen Zeitregime für gewöhnlich inhärent sind, abgeschwächt. Den beiden für die kapitalistische Akkumulation unerlässlichen Prozessen von Produktion und Konsum wurde im Zuge der Pandemie ein erheblicher Anteil der verfügbaren Zeit entzogen. So schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO 2021), dass weltweit 2020 rund 8,8 Prozent weniger Arbeitsstunden erbracht

6 Google Trends erlaubt lediglich den Zugang zu Indexwerten, die sich an den maximalen Suchanfragen im Erhebungszeitraum orientieren. Die absolute Anzahl von Suchanfragen wird genauso wenig angegeben wie Details zur Syntax der Suchanfragen. Wenngleich Google Trends mittlerweile in vielen wissenschaftlichen Disziplinen ganz selbstverständlich als Indikator eingesetzt und insbesondere für Vorhersagen und „Nowcasting“ genutzt wird (Jun, Yoo und Choi 2018), lässt sich die Reliabilität und Validität der Daten so kaum überprüfen.

Abbildung 2 Veränderungen entlohnter Arbeitnehmerstunden ausgewählter Wirtschaftsbereiche, in Prozent




Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, Vergleich 2020 und 2019.

wurden als noch im Jahr zuvor – was einem Äquivalent von 225 Millionen verlorenen Vollzeitstellen entspricht. Eine erhebliche Reduktion von Arbeitszeit lässt sich auch im deutschen Kontext erkennen, wo die ILO von rund 6,3 Prozent weniger erbrachten Arbeitsstunden beziehungsweise dem Äquivalent von 2,4 Millionen verlorenen Vollzeitstellen ausgeht. Jedoch unterscheidet sich diese Dekommodifizierung von Arbeitszeit markant nach Sektoren. Abbildung 2 zeigt die errechneten Arbeitnehmerstunden für ausgewählte Wirtschaftssektoren, für die bereits Daten für 2020 vorliegen (Statistisches Bundesamt 2021e). Obwohl es sich hierbei um stark aggregierte Daten handelt, die jeweils sehr verschiedene wirtschaftliche Unterkategorien zusammenfassen, lassen sich klare Unterschiede erkennen: Die entlohnten Arbeitsstunden in den Bereichen Produzierendes Gewerbe, Verarbeitendes Gewerbe, Unternehmensdienstleister, aber auch ganz besonders in den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Gastgewerbe haben pandemiebedingt abgenommen (rot dargestellt). Dies lässt sich nicht zuletzt auf politisch forcierte Schließungen von Betriebsstätten zurückführen. Hingegen haben andere Bereiche kaum Einbußen oder sogar einen leichten Zuwachs hinsichtlich der Arbeitnehmerstunden zu verzeichnen (blau dargestellt): Beispielsweise wurde das Gesundheitssystem stärker belastet, dem Bereich Information und Kommunikation kam durch den pandemiebedingten Digitalisierungsschub stärkere Bedeutung zu, das Baugewer-

be war weniger durch staatlich verordnete Betriebsschließungen betroffen und erfuhr zudem eine höhere Nachfrage; öffentliche Verwaltung und Energieversorgung mussten schließlich die gerade im Ausnahmezustand dringend nötige öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten. Für zahlreiche Unterkategorien, die diesen breiten Kategorien zugerechnet werden, ist daher tatsächlich von einer Ausweitung der Arbeitszeit auszugehen. Wenngleich sich auf der Makroebene somit insgesamt eine Dekommodifizierung von Arbeitszeit konstatieren lässt, geht diese doch mit einer zeitlichen Redistribution zwischen Sektoren einher, die in einzelnen Wirtschaftsbereichen sowohl zu einer Intensivierung als auch zu einer (relativen) Expansion der Arbeitszeit führt.

Eine Umverteilung von Zeitbudgets lässt sich im Zuge der Coronakrise jedoch auch für einzelne Lebensbereiche erkennen. Die wiederholten Lockdowns haben vielen Menschen verdeutlicht, wie stark ihre Lebensführung durch Erwerbsarbeit und Konsum geprägt ist – wird beides durch staatliche Eingriffe erschwert oder entfällt ganz, entstehen beachtliche zeitliche Freiräume. Gefüllt wurden diese einerseits durch digital vermittelten Konsum, wie die Wachstumsraten der digitalen Unterhaltungsbranche belegen: Etwa verzeichnete der deutsche Markt für Computer und Videospiele 2020 dem Branchenverband Game (Game 2021) zufolge ein Wachstum von 36 Prozent, der Video-on-Demand-Anbieter Netflix ein Umsatzwachstum von 24 Prozent. Ebenso erlebten die Anbieter von Sport-Apps enorme Zuwächse (SensorTower 2021). Andererseits entdeckten viele Menschen weniger kommerzialisierte Formen des Zeitvertreibs: Spazierengehen, Musizieren, Nähen, Brotbacken, Heimwerken und Gartenarbeit wurden zu weitverbreiteten Trends. Internetsuchanfragen mit dem Inhalt „selber machen“ verdoppelten sich mit dem ersten Lockdown und blieben in den nachfolgenden Wellen so prominent wie sonst nur in der Adventszeit (Google Trends). Zeit, die vormals für Konsum oder Erwerbsarbeit genutzt wurde, wurde so der kapitalistischen Verwertung entzogen.

Darüber hinaus zeigt sich jedoch auch eine Umverteilung von Zeitbudgets hin zu unbezahlter, dekommodifizierter Sorgearbeit. Die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zählte weltweit zu einer der ersten Maßnahmen, um der Pandemie Herr zu werden. Laut dem „Covid-19 Government Response Tracker“ der Universität Oxford (Hale et al. 2020; Hale et al. 2021) war im Frühjahr 2020 weltweit nur in einer Handvoll Ländern der Schulbesuch gestattet und auch im weiteren Verlauf der Pandemie gehörten Schul- und Kitaschließungen in nahezu allen Ländern zum gängigen Instrumentarium der Pandemiebekämpfung. Auch in Deutschland mussten Kinder zu Hause lernen, wurden Ferien verlängert oder lediglich Wechselunterricht gestattet. Laut OECD (2021a) waren deutsche Kitas seit dem Frühjahr 2020 an 61 von 270 betrachteten Tagen geschlossen; Schüler konnten lediglich an 90 von 270 Tagen die Schule regulär besuchen. Ähnlich gestaltete sich die Situation in Werk- und Förderstätten für Menschen mit Behinderung sowie in Einrichtungen der Tagespflege für ältere Menschen. Auch waren, zumindest im ersten Lockdown, viele haushaltsnahe Dienstleistungen nicht möglich. Durch die staatlich verordneten Schließungen brach so eine wesentliche Infrastruktur weg, die es Familien gewöhnlich erlaubt, zeitintensive Sorgearbeit auszulagern und so Zeit zurückzugewinnen, um sie der kapitalistischen Verwertung als

Erwerbsarbeit zuzuführen. Durch den Wegfall dieser Infrastruktur wurde Zeit in vielen Familien noch knapper als ohnehin schon. Eltern – und noch häufiger Mütter (Zucco und Lott 2021) – sahen sich gezwungen, Arbeitszeit zu reduzieren, um der nötigen Sorgearbeit nachzukommen. Die staatlich erzwungene Dekommodifizierung und Redistribution von Zeitbudgets legte so einerseits offen, wie sehr der zeitliche Expansionismus, das heißt die Tendenz, möglichst viel Zeit kapitalistisch verwertbar zu machen, andere Lebensbereiche bereits vor der Pandemie an den Rand gedrängt und ihnen die verfügbare Zeit entzogen hat. Andererseits hat der Wegbruch dieser Infrastruktur, die es niedrigschwellig erlaubt, sich „freizukaufen" und von der Kommodifizierung von Zeit zu profitieren, die ungleiche Verteilung zeitlicher Autonomie – zum Beispiel zwischen Geschlechtern und sozialen Milieus – zusätzlich verschärft.

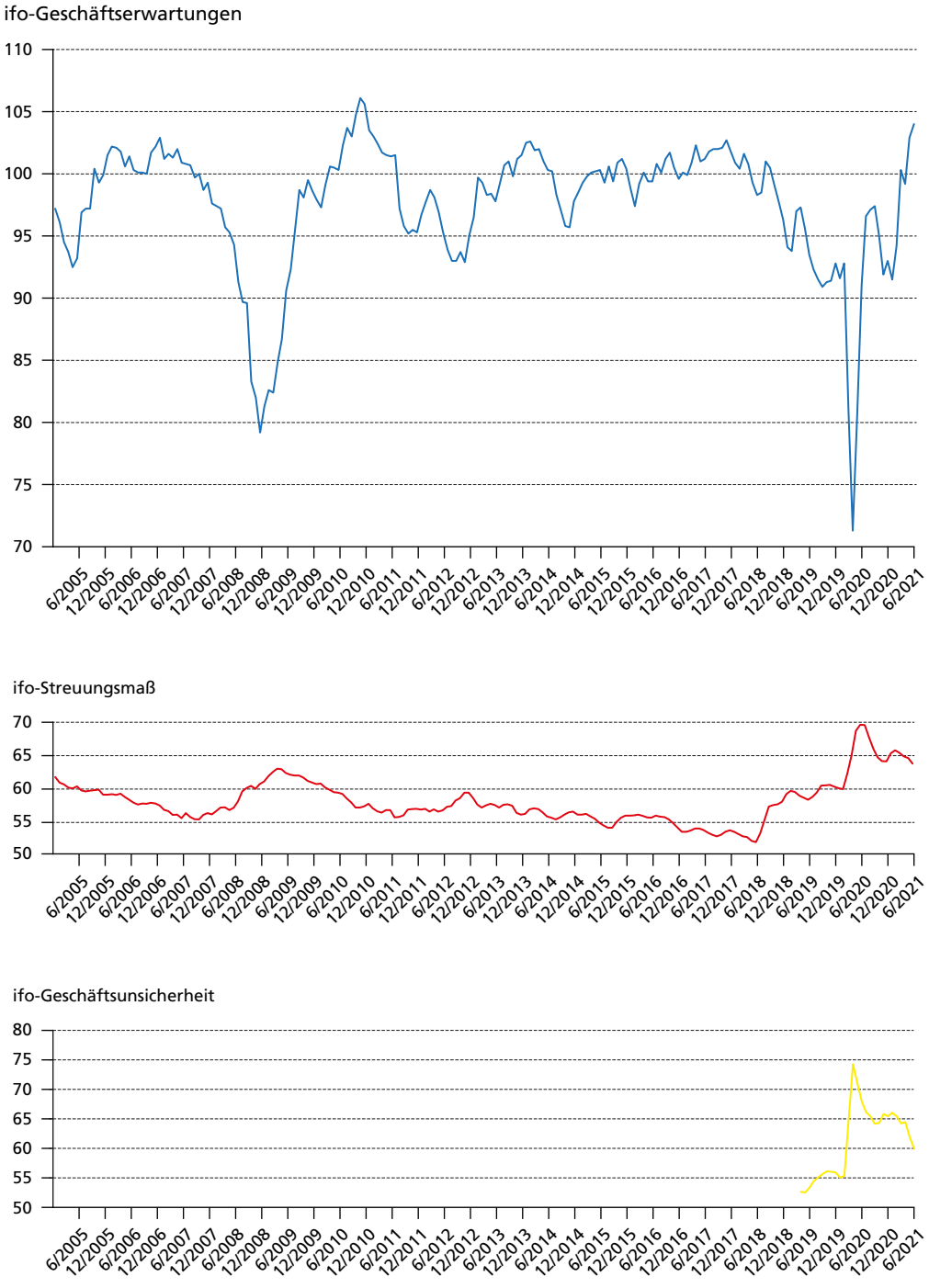
## Von der gestaltbaren Zukunft zur radikalen Unsicherheit

Ebenso wurde die dem kapitalistischen Zeitregime inhärente Vorstellung einer kalkulierbaren Zukunft durch die Pandemie und die wechselnden staatlichen Maßnahmen zu deren Eindämmung infrage gestellt. Das schiere Ausmaß der Krise, die nahezu alle Länder und Lebensbereiche zugleich beeinträchtigt, macht es unmöglich, Entwicklungen und Interferenzen abzusehen. Angesichts neuer Virusvarianten und medizinischer Erkenntnisse müssen staatliche Eingriffe immer wieder neu überdacht, revidiert und angepasst werden – und sorgen damit selbst für weitere Unwägbarkeiten. Die Zukunft wurde im Zuge der Pandemie von einem Raum der Möglichkeiten zu einer Sphäre radikaler Unsicherheit, die sich allenfalls noch auf Sicht navigieren lässt.

Das Ausmaß der Unsicherheit zeigt sich auch daran, dass Instrumente, die im Kapitalismus gewöhnlich dafür genutzt werden, die Zukunft zu domestizieren, an ihre Grenzen stießen. Dies gilt für Geschäftspläne ebenso wie Versicherungen – die bei pandemiebedingten Ausfällen meist nicht einsprangen, denn, so der Branchenverband GDV (2020), „die Folgen einer Pandemie sind schwer zu kalkulieren" und damit nicht als Risiko fass- und versicherbar. Auch makroökonomischen Vorhersagen, die normalerweise einen wichtigen Orientierungspunkt für Wirtschaft und Politik darstellen, fiel es schwer, die Zukunft greifbar zu machen. Zahlreiche Prognoseinstitute mussten im Frühjahr 2020 ihre Vorhersagen in kurzen Abständen korrigieren oder Veröffentlichungen verschieben. Da sich die Zukunft der Krise nicht mehr als Verlängerung der Vergangenheit kalkulieren ließ, sahen sich Konjunkturforscher gezwungen, alternative Indikatoren und Methoden zu entwickeln, um zumindest die Gegenwart erfassen zu können (Foroni, Marcellino und Stevanovic 2020).

Die Schwierigkeit, die Zukunft zu kalkulieren, zeigt sich aber auch auf Ebene der privaten Haushalte und Unternehmen, die oft kaum in der Lage waren, die nächsten Monate, Wochen oder auch nur Tage zu planen. Eine Umfrage des Ifo-Instituts (Abbildung 3) zu den Geschäftserwartungen von Unternehmen (dargestellt in blau) zeigt einerseits,

Abbildung 3 ifo-Geschäftserwartungen Deutschland; Indexwert (2015=100), monatliche Erhebung; sowie Streuung und Unsicherheit der erhobenen Geschäftserwartungen (Max=100)




Quelle: ifo Institut, eigene Darstellung.

dass sich die Zukunftsvorstellungen mit Ausbruch der Krise stark eintrübten, dann aber wieder erholten. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Umfrage jedoch auch die Geschäftsunsicherheit (dargestellt in rot) erhoben, das heißt, es wurde danach gefragt, wie schwer es den Unternehmen fällt, überhaupt eine Geschäftserwartung zu äußern (vgl. Lautenbacher, Sauer und Wohlrabe 2020). Es zeigt sich, dass die Unternehmen sich über die Krise hinweg weit weniger in der Lage sehen, überhaupt eine Einschätzung zur Zukunft abzugeben. Der Blick auf die Streuung der Geschäftserwartungen zeigt (vgl. Sauer und Wohlrabe 2020, 273ff., dargestellt in gelb), dass die einzelnen Erwartungen stark voneinander abweichen. In der Krise gelang es somit nicht mehr wie gewöhnlich, ein gemeinsames Verständnis der Zukunft zu etablieren. Die Zukunft wurde auch hier zu einer kaum handhabbaren Größe. Immer wieder wurden daher öffentliche Forderungen nach verlässlichen staatlichen Regelungen laut, nach politischer Orientierung und klaren Zukunftsperspektiven. „Diese Unsicherheit", kommentierte etwa DIW-Präsident Marcel Fratzscher (DIW Berlin 2021), „ist Gift für die Wirtschaft."

Die Wahrnehmung der Zukunft als einer Sphäre radikaler Unsicherheit erscheint für kapitalistische Gesellschaften aber vor allem deshalb problematisch, weil die Vorstellung einer gestaltbaren Zukunft Voraussetzung für deren Aneignung in der Gegenwart ist. Eine erwartete unsichere Zukunft hat reale Konsequenzen in der Gegenwart. Die verringerte Bereitschaft von Unternehmen, in Ausrüstung zu investieren (–10,4 Prozent [Statistisches Bundesamt 2021b]), sowie der merkliche Rückgang von Unternehmensgründungen im Jahr 2020 können in diesem Sinne interpretiert werden: Unternehmen haben darauf verzichtet, die Zukunft aktiv zu gestalten. Allerdings zeigen sich auch hier Unterschiede: Während Gründungen von größeren Unternehmen um 4,5 Prozent zurückgingen, verringerte sich die Zahl der neu gegründeten Kleinunternehmen um stattliche 17,3 Prozent (Statistisches Bundesamt 2021c). In der Krise wird die Zukunft zwar für alle zu einer Sphäre größerer Unsicherheit – wie bedrohlich diese Unsicherheit wirkt und in welchem Maße sich Akteure noch zutrauen, sich diese unsichere Zukunft anzueignen, hängt jedoch wesentlich von den verfügbaren Ressourcen ab.

*In der Zusammenschau* der letzten drei Unterkapitel zeigt sich, dass die restriktiven staatlichen Maßnahmen, die direkt auf die Eindämmung der Pandemie gerichtet waren, einer zeitlichen Logik folgen, die dem kapitalistischen Zeitregime in weiten Teilen zuwiderläuft und dessen grundlegende Prinzipien infrage stellt. Viele der sozialen und ökonomischen Verwerfungen dieses Ausnahmezustandes lassen sich daher auch als Folgen der Kollision dieser unterschiedlichen zeitlichen Logiken verstehen. Diese Kollision hat viele Bruchstellen und Paradoxien des kapitalistischen Zeitregimes aufgezeigt.

Allerdings wäre es voreilig, zu schließen, der Staat habe diese zeitliche Logik *gegen* den Kapitalismus durchgesetzt. Die Eindämmung der Pandemie – und die damit einhergehende zeitliche Logik – wurde auch und gerade von Vertretern des Kapitals vehement eingefordert. Wirtschaftsfreundliche Initiativen wie No-COVID (Baumann et al. 2021) warnten vor vorschnellen Lockerungen und argumentierten damit, dass gerade eine rigorose Pandemiebekämpfung im Interesse der Wirtschaft sei. Eine grassierende Pan-

demie, so das Kalkül, wäre weitaus kostspieliger und würde das Wirtschaftswachstum nachhaltiger schädigen. Dabei wurde häufig auch auf Länder wie Brasilien verwiesen, die es ablehnten, die Wirtschaft „auszubremsen" – und in der Folge nicht nur die Überlastung der Gesundheitssysteme, sondern auch erhebliche ökonomische Verwerfungen erlebten. Die „Notbremse" wurde als unausweichlich erachtet, aber gerade auch, um kapitalistisches Wachstum langfristig zu sichern. Die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung haben das kapitalistische Zeitregime somit in der Tat herausgefordert, indem sie die Kommodifizierung und expansive Verwertung von Zeit, Beschleunigungsimperative und die Aneignung der Zukunft erschwert, unmöglich gemacht oder ins Gegenteil verkehrt haben – all dies geschah jedoch in der Erwartung einer möglichst baldigen Rückkehr zu normalen Zeiten. Die Neuordnung der Zeit ist somit selbst nur auf Zeit angelegt.

Dass staatliches Handeln nicht im eigentlichen Sinne auf eine Ablösung oder ein Zurückdrängen des kapitalistischen Zeitregimes zielt, wird noch deutlicher, wenn man nicht nur die politischen Maßnahmen in den Blick nimmt, die auf die bloße Pandemiebekämpfung, das heißt das Verhindern von Ansteckungen, ausgerichtet sind, sondern auch jene betrachtet, die dazu dienen, die Folgeschäden der Erschütterung für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Wie ich im nächsten Abschnitt zeige, lassen sich viele dieser staatlichen Maßnahmen aus einer zeitsoziologischen Perspektive auch als Strategien verstehen, zwischen den zeitlichen Logiken von Pandemiebekämpfung und Kapitalismus zu vermitteln und den Kapitalismus somit, trotz Pandemiebekämpfung, „im Spiel" zu halten.

## 5 Von der Rückkehr des Staates zur Neuordnung der Zeit?

Die beschriebene zeitliche Ordnung der Pandemiebekämpfung wurde zweifelsohne durch staatliche Maßnahmen durchgesetzt. Tatsächlich lässt sich im Zuge der Pandemie eine gewisse Rückkehr des Staates als zeitpolitische Ordnungsmacht erkennen. Die Festlegung von Rhythmen, Geschwindigkeiten, zeitlichen Orientierungen und Reihenfolgen wurde vielerorts nicht länger marktorientierten Koordinationsprozessen oder organisationaler Selbstverwaltung überlassen, sondern in gesteigertem Maße auf politische Entscheidungsprozesse verlagert. Auch jenseits der reinen Pandemiebekämpfung griff der Staat aktiver als zuvor in die zeitliche Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ein.

Aus zeitsoziologischer Perspektive lassen sich viele der staatlichen Maßnahmen, die über die reine Eindämmung des Infektionsgeschehens hinausgehen, jedoch zunächst als Versuch verstehen, die Kollision zwischen den zeitlichen Imperativen der Pandemiebekämpfung und dem kapitalistischem Zeitregime abzufedern. Politische Interventionen, die darauf zielen, die ökonomischen und gesellschaftlichen Verwerfungen der

Pandemie zu mildern, sind im Kern auch Strategien[7], um zwischen gegensätzlichen zeitlichen Logiken zu vermitteln (vgl. Tabelle 2). Sie erlauben es, den zeitlichen Erfordernissen der Pandemiebekämpfung gerecht zu werden, ohne dem kapitalistischen Zeitregime langfristig zu entsagen. An den verschiedenen Strategien, die ich im Folgenden darstellen möchte, sticht jedoch ins Auge, dass die Kollision der zeitlichen Logiken nicht für alle Akteursgruppen in selber Art und Weise abgefedert wird. Zeitbezogene Ungleichheiten schreiben sich so trotz und wegen der Rückkehr des Staates als zeitpolitischer Ordnungsmacht fort.

Tabelle 2 Staatliches Handeln in der Krise als Vermittlung gegensätzlicher zeitlicher Logiken

| Charakteristika des kapitalistischen Zeitregimes | Strategien der Vermittlung | Zeitliche Logik der Pandemiebekämpfung |
|---|---|---|
| Beschleunigung | Staatlich definierte Reihenfolgen und Geschwindigkeiten | Neue Imperative von Verlangsamung und Geduld |
| | Anhalten der Zeit | |
| Kommodifizierung und expansive Verwertung von Zeit | Staatliche Erleichterung von Dekommodifizierung | Dekommodifizierung und Umverteilung von Zeitbudgets |
| Aneignung der Zukunft | Überbrückung von Zeit und Wiederherstellung von Planbarkeit | Zukunft als radikale Unsicherheit |
| | Staatliche Definition von Zukunftsfähigkeit | |

Erstens unterlagen im Zuge der Pandemie viele *Geschwindigkeiten und Reihenfolgen* nicht mehr der Logik von Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit oder Angebot und Nachfrage, sondern wurden von der Politik festgelegt. Staatliche Akteure bestimmten nicht nur einen umfassenden Stillstand, sondern verfügten auch, inwiefern Wirtschaft und Gesellschaft wieder Fahrt aufnehmen durften. Welche Bereiche wann, unter welchen Bedingungen und mit welcher Auslastung öffnen durften, wer vorrangig Zugang zu Tests bekommen sollte, wer zuerst geimpft werden konnte oder länger auf den befreienden Schutz warten musste – all dies unterlag nicht marktlicher Koordination und unternehmerischer Planung, sondern staatlicher Diskretion. Staatliche Eingriffe und Subventionen entschieden darüber, welche Bereiche noch ausharren, allmählich zur kapitalistischen Beschleunigungslogik zurückkehren oder gar in den staatlich beförderten Modus des „Aufholens" umschalten durften. Die bereits aus der Finanzkrise bekannte,

7 Der Verweis auf Strategien soll nicht implizieren, dass die Vermittlung zwischen zeitlichen Logiken explizit zum bewussten Ziel staatlichen Handelns erklärt wurde. Die betrachteten Maßnahmen wurden öffentlich mit der Intention begründet, ökonomische Strukturen aufrechtzuerhalten und wirtschaftliche Folgeschäden abzumindern. Dass der politische Versuch, zwischen Kapitalismus und Pandemiebekämpfung zu vermitteln, auch eine zeitbezogene Komponente aufweist, wird also erst durch die wissenschaftliche zeitsoziologische Perspektive, das heißt einen „epistemologischen Bruch" sichtbar. Strategien werden hier nicht als bewusstes Kalkül, sondern in einem an Bourdieu orientierten praxeologischen Sinne als überindividuelle Handlungsmuster verstanden, die auf Erhalt/Herausforderung von Machtstrukturen gerichtet sind, immer aber auch unbewusste, den Akteuren nicht offensichtliche Komponenten enthalten (Bourdieu 1998; vgl. z. B. Kumoll 2014).

aber nun neu interpretierte Kategorie der Systemrelevanz spielte für die Legitimation dieser Reihenfolgen eine wichtige Rolle. Dabei wurden zumindest zeitweilig auch Wirtschaftsbereiche und Berufsgruppen als systemrelevant aufgewertet, denen sonst wenig wirtschaftspolitische Beachtung zuteilwird. Gleichwohl zeichnete sich ab, dass politisch bestimmte Geschwindigkeiten und Reihenfolgen maßgeblich widerspiegeln, in welchem Maß Akteursgruppen in der Lage sind, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und über Interessenvertretungen mit entsprechenden Ressourcen und Kontakten verfügen. Dass beispielsweise die Vereine der Fußballbundesliga sehr früh den Spielbetrieb wieder aufnehmen durften und bevorzugt Tests erhielten, während Sportstätten für Kinder noch lange geschlossen bleiben mussten, lässt sich nur schwer mit dem Argument der Systemrelevanz, wohl aber mit erfolgreicher politischer Lobbyarbeit erklären.

Zweitens dienten staatliche Maßnahmen dazu, die pandemiebedingt erforderliche *Dekommodifizierung von Zeit zu erleichtern* und größere zeitliche Autonomie zu ermöglichen. Eine flexiblere Aufteilung von Lohnarbeits- und Sorgearbeitszeiten wurde dadurch möglich, dass Arbeitgeber verpflichtet wurden, ihren Mitarbeitern Heimarbeit anzubieten. Die Erhöhung der möglichen Kinderkrankentage und deren Ausweitung auf Zeiten ausgefallener Kinderbetreuung erlaubt es Eltern, Arbeitszeit zu reduzieren, um sich stattdessen Sorgearbeit zu widmen. Das entsprechende Kinderkrankengeld – und in geringerem Umfang die Elternentschädigung nach Infektionsschutzgesetz sowie pandemiebezogene Kinderboni – kompensieren zumindest teilweise für die finanziellen Einbußen dekommodifizierter Lohnarbeitszeit (BMFSFJ 2021a). In ähnlicher Weise dient auch das Kurzarbeitergeld, welches im Zuge der Pandemie in noch nie da gewesenem Ausmaß in Anspruch genommen wurde, dazu, eine unfreiwillige Reduktion von Lohnarbeitszeit finanziell abzufedern. Die Möglichkeit, Arbeitszeit zu reduzieren, ist jedoch gleichzeitig der Versuch, einer noch umfassenderen Dekommodifizierung – im Sinne einer langfristigen Arbeitslosigkeit – entgegenzuwirken. Wenngleich derartige politische Eingriffe den Druck reduzieren, Zeit gewinnbringend zu kommodifizieren und somit Freiräume für andere Lebensbereiche schaffen, kommen sie keinesfalls allen Bürgern in gleichem Maße zugute – und verstärken so teilweise bestehende Ungleichheiten. Etwa sind zusätzliche Kinderkrankentage nur für gesetzlich Krankenversicherte vorgesehen und Beschäftigte im Rahmen eines Minijobs haben keinen Anspruch darauf (Minijob-Zentrale 2021). Zudem zeigt sich, dass Frauen in größerem Ausmaß als Männer Arbeitszeit reduziert und somit Lebenszeit dekommodifiziert haben – was bestehende Unterschiede hinsichtlich Einkommen und Rentenansprüche weiter verschärft (Bonin et al. 2021; Zucco und Lott 2021).[8]

Das bereits angesprochene Instrument der Kurzarbeit erlaubt es Arbeitnehmern, die Dekommodifizierung von Arbeitszeit finanziell zu kompensieren. Es reduziert jedoch gleichzeitig Unsicherheit und gewährleistet *die Planbarkeit der Zukunft* in gewissem Rahmen. Der Rückgriff auf staatlich subventionierte Kurzarbeit erleichtert es Unterneh-

8 Der simplen These einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse widerspricht hingegen, dass der Anteil der Sorgearbeit, den Väter erbringen, in der Pandemie zugenommen hat.

men, auszuharren und zu warten. Es ermöglicht ihnen, den Status quo ihrer Beschäftigungsstruktur so lange zu erhalten, bis sich die Zukunft wieder besser kalkulieren lässt und eine Einschätzung der langfristigen Auswirkungen sinnvoll möglich ist. Dass im Zuge der Pandemie die Maßnahme der Kurzarbeit auch für Zeitarbeitsfirmen geöffnet wurde, das heißt für jene Branche, die ihr Geld gewöhnlich damit verdient, Arbeitnehmer flexibel zu „verleihen" und so die Unwägbarkeiten der Zukunft für andere Betriebe abzufedern, verdeutlicht einmal mehr das enorme Ausmaß pandemiebedingter Unsicherheit. In diesem Sinne dient, drittens, eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen (BMWi und BMF 2021) dazu, *Zeiten der Unsicherheit zu überbrücken*. Franz-Xaver Kaufmann beschrieb die Herstellung von Sicherheit als „Vernichtung der Zeitlichkeit der Zukunft" (1973, 157). Absicherung bedeutet die Genese einer Welt, in der sich das, was sein wird, unmittelbar aus dem ableiten lässt, was ist. Die Unwägbarkeit der Zukunft soll schon im Hier und Jetzt auf- und abgefangen werden. Die zahlreichen wirtschaftspolitischen Programme der Bundesregierung, die schon im Namen als „Überbrückungshilfen" oder „Stabilisierung" zu erkennen sind, zielen darauf, die in der Krise offensichtliche Zeitlichkeit der Zukunft für Unternehmen zu reduzieren. Durch Bürgschaften, garantierte Kredite, Zuschüsse und Rekapitalisierungen im Umfang von (bislang) 110 Milliarden Euro (BMWi 2021) versucht der Staat, zumindest kurz- und mittelfristige Planbarkeit zu ermöglichen. Dabei geht es unmittelbar zwar immer auch darum, gegenwärtige finanzielle Ausfälle und Verwerfungen auszugleichen und so Liquidität zu erhalten, vor allem aber darum, Zuversicht zu vermitteln, das heißt, die Vorstellung zu nähren, dass die Zeit der Unsicherheit überstanden werden kann und eine neuerliche Aneignung der Zukunft möglich sein wird. Die gleiche Logik wohnt auch staatlichen Nothilfen für Familien oder dem vereinfachten Zugang zur Grundsicherung inne. Staatliches Handeln zielt in der Krise wesentlich darauf ab, zumindest ein Mindestmaß des für den Kapitalismus so wichtigen Vertrauens in die Zukunft aufrechtzuerhalten.

Indem der Staat versucht, die Zukunft wenigstens partiell abzusichern, werden jedoch, viertens, *Fragen der Zukunftsfähigkeit zu politischen Entscheidungen* umgedeutet. In normalen Zeiten befinden in vielen Bereichen marktliche Koordinationsprozesse über das Zukunftspotenzial von Unternehmen, Akteursgruppen oder Innovationen. In der Pandemie wurde die Zukunftsfähigkeit – und damit nicht zuletzt der Zugang zu Ressourcen in der Gegenwart – Gegenstand politischer Abwägungen. Bürgschaften und erleichterte Kredite stellen ein wesentliches wirtschaftspolitisches Instrument der Bundesregierung zur Abfederung pandemiebedingter ökonomischer Verwerfungen dar. Der Staat bürgt hier wortwörtlich für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen – und ermöglicht ihnen genau dadurch die Chance, auszuharren, bis die Zukunft wieder Fahrt aufnimmt. Ebenso lässt sich der finanzielle und administrative „Booster", den einzelne Pharmazieunternehmen durch staatliche Förderung erhalten haben, als Wette auf das Zukunftspotenzial dieser Firmen verstehen. Den politischen Entscheidern erscheint jedoch nicht jede Zukunft in gleicher Weise förderungswürdig. Branchen, die traditionell eine enge Beziehung zum politischen Betrieb haben, wurden stärker begünstigt. Während beispielsweise die Zukunft der Lufthansa schon zu Beginn der Krise mit rund

9 Milliarden Euro durch den Staat gestützt wurde, wurden die Zukunftsängste von Soloselbstständigen und Kulturschaffenden in den ersten Runden der Überbrückungshilfen nicht adäquat berücksichtigt. Ebenso lässt sich das mit 2 Milliarden Euro veranschlagte Aktionsprogramm, das etwa 14 Millionen Kindern und Jugendlichen ermöglichen soll, pandemiebedingte Entwicklungs- und Lerndefizite für die Zukunft nach Corona „aufzuholen" (BMBF 2021), im Vergleich zur massiven Wirtschaftsförderung allenfalls noch als symbolischer Akt verstehen. In den politischen Entscheidungen, wessen Zukunft erhalten oder gar beschleunigt werden muss, wird somit eine Hierarchisierung von Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen deutlich.

Schließlich versucht ein fünftes Set an staatlichen Maßnahmen, gewissermaßen durch *das Anhalten der Zeit*, die Kollision der zeitlichen Logiken von Pandemie und Kapitalismus abzufedern. Veränderte gesetzliche Regelungen verlängerten Fristen, pausierten die Fälligkeiten von Forderungen und unterbrachen so den gewöhnlichen Lauf der Zeit. Die Zeit der Krise wurde damit als Zeit deklariert, die nicht in gewöhnlicher Weise zählt. In vielen Bereichen wurden die Mühlen der Bürokratie angehalten und scheinbar unabdingbare Verwaltungsprozesse ausgesetzt. So wurde es beispielsweise ermöglicht, Steuerzahlungen zu „stunden", das heißt deren Fälligkeit in die Zukunft zu verschieben, oder sie als Ratenzahlungen auf eine noch weit entfernte Zukunft zu verteilen (BMF 2021). Zudem wurde die Vollstreckung von Steuernachzahlungen zeitweise ausgesetzt und in zahlreichen Verwaltungsprozessen wurde Zahlungsverzug nicht mehr mit Säumniszinsen bestraft. Diese Aufhebung von Zinsen, also des monetären Preises der Zeit, machte die Krise gewissermaßen zu einer Zeit, die verstreichen kann, ohne dass sie etwas kostet. In ähnlicher Weise sorgte die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht dafür, dass die kapitalistische Dynamik der kreativen Zerstörung eingefroren wurde. Tatsächlich registrierte das Statistische Bundesamt für das Jahr 2020 rund 30.000 Insolvenzen weniger als noch im Vorjahr – das ohnehin von einem sehr niedrigen Insolvenzniveau geprägt war (Statistisches Bundesamt 2021d). Die sichtbaren ökonomischen Schäden der Pandemie wurden so in die Zukunft vertagt. Die Aussetzung der Antragspflicht verhindert zwar nur formell-rechtlich die Insolvenz, verschafft den betroffenen Unternehmen jedoch Zeit, in der die gewöhnlichen Dynamiken außer Kraft sind. Die Zeit wurde jedoch nicht nur in staatlichen Verwaltungsprozessen angehalten, sondern auch im Hinblick auf einige privatrechtliche Forderungen. So wurden im Frühjahr 2020 Zahlungsrückstände nicht mehr als Grund anerkannt, Mietern zu kündigen (BMJV 2021). Die Pflicht zur Zahlung der Miete wurde dadurch zwar nicht aufgehoben, ein Verzug der Zahlung blieb aber zunächst ohne Folgen. Auch hier zählte die Zeit nicht mehr in gleicher Weise und Mietern wurde stattdessen Zeit gegeben, Mietzahlung in die Zukunft zu verschieben. Ähnlich ermöglichten befristete Regulierungen es Privatpersonen, ausstehende Darlehensraten oder Forderungen für Grundversorgung wie Wasser, Strom oder Telefon für einige Monate aufzuschieben. Das staatlich beförderte Anhalten der Zeit in klar definierten Bereichen erlaubte es Akteuren, sich für kurze Zeit von gewöhnlichen kapitalistischen Dynamiken zu entkoppeln, um die pandemiebedingten Verwerfungen zu verarbeiten.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass viele der staatlichen Maßnahmen zur Abmilderung sozialer und ökonomischer Härten der Pandemiebekämpfung auch als zeitbezogene Praktiken verstanden werden können. Sie vermitteln zwischen den verschiedenen zeitlichen Logiken der Pandemiebekämpfung und des Kapitalismus. Der Staat ist somit nicht nur in der Lage, für sich selbst, wie Wolfgang Streeck (2013) reklamiert, „Zeit zu kaufen", sondern verschafft diese in der Krise auch seinen Bürgern, indem er als zeitpolitische Ordnungsmacht auftritt. Die Erschütterung der zeitlichen Ordnung wird dadurch – wenn auch nicht für alle Akteure in gleicher Weise – abgefedert. Im Zuge dieses Abfederns werden neue zeitliche Praktiken und Möglichkeiten der staatlichen Regulierung erprobt. Der daraus resultierenden Neuordnung der Zeit ist aber immer schon der Status eines Ausnahmezustands und damit implizit die Rückkehr zum kapitalistischen Zeitregime eingeschrieben. Der zurückgekehrte Staat ist, wie Klaus Dörre (2020) treffend bemerkt, lediglich ein „Ausnahmestaat".

## 6 Diskussion und Ausblick

Die zeit- und wirtschaftssoziologische Betrachtung der Pandemie hat deutlich gemacht, dass Covid-19 die zeitliche Ordnung der Gesellschaft erschüttert hat. Einerseits widersetzt sich die zeitliche Logik der Pandemiebekämpfung dem sonst vorherrschenden kapitalistischen Zeitregime: Kapitalistische Prinzipien von Kommodifizierung und expansiver Verwertung von Zeit, Beschleunigung sowie Aneignung der Zukunft kollidierten mit der Dekommodifizierung und Redistribution von Zeitbudgets, den neuen Imperativen von Verlangsamung und Geduld sowie der in der Pandemie radikal verunsicherten Zukunft. Andererseits wurde im Zuge der Krise ein Wiedererstarken des Staates als zeitpolitische Ordnungsmacht deutlich. Fragen von Zeitnutzung, Beschleunigung, Synchronisation, Rhythmus oder Zukunftsfähigkeit wurden aktiver als zuvor durch staatliches Handeln geprägt, anstatt diese, wie zuvor, in vielen Bereichen marktlichen und unternehmensinternen Koordinationsmechanismen zu überlassen. Im Ausnahmezustand der Pandemie zeigt sich damit tatsächlich eine Neuordnung der Zeit und eine Rückkehr des Staates.

Die entscheidende Frage lautet jedoch, ob diese Neuordnung über den Ausnahmezustand hinaus Bestand haben kann – oder sollte. Inwiefern bietet sich im Zuge der Pandemie die Möglichkeit für eine Abkehr vom kapitalistischen Zeitregime und die Etablierung einer nachhaltigeren zeitlichen Ordnung? Während Hartmut Rosa (2020) Covid-19 als Bifurkationspunkt deutet und die staatlich durchgesetzte Entschleunigung als Chance eines nachhaltigen Pfadwechsels begreift, komme ich am Ende meiner Betrachtung zu einem deutlich skeptischeren Resümee.

Zwar steht außer Frage, dass die Pandemie neue Erfahrungen ermöglicht und erzwungen hat, sowohl im Hinblick auf individuelle Lebensführung als auch auf die Durchsetzungsfähigkeit des Staates. Rosa hat recht, wenn er konstatiert, dass im Zuge der

Coronakrise etablierte Zeitlichkeiten infrage gestellt wurden und für manche Milieus ein neuer Umgang mit Zeit denkbar und eine Rückkehr des Staates sichtbar wurde. Ob dies tatsächlich „eine spektakuläre politische Selbstwirksamkeitserfahrung für die Gesellschaft" (Rosa 2020, 199) darstellt, erscheint mir jedoch zweifelhaft.

Erstens hat die Pandemie in ihrer Kollision mit dem kapitalistischen Zeitregime nicht nur dessen unzählige Bruchstellen und Schwächen aufgezeigt, sondern eben auch die Attraktivität und vielfältigen Abhängigkeiten von dieser Ordnung verdeutlicht. Die zeitweise Abkehr vom kapitalistischen Zeitregime wurde keineswegs uniform als wohltuende Entschleunigung erlebt, wie auch Rosa (2020, 207f.) einräumt, sondern als dramatische Erschütterung individueller und kollektiver Zeitlichkeiten, als Verlust von Freiheit, Effizienz und, ja, auch von Selbstwirksamkeit. Zeitliche Autonomie wurde in der Pandemie für viele Menschen nicht gesteigert, sondern ging in erheblichem Maße verloren. Sie wünschen sich nichts sehnlicher als ein baldiges Nachholen, Aufholen und damit die Rückkehr zur beschleunigten Normalität.

Zweitens zeigt sich entlang meiner Betrachtung, dass die Rückkehr des Staates als zeitpolitische Ordnungsmacht und die einhergehenden staatlichen Eingriffe sich nicht pauschal als *gegen* den Kapitalismus gerichtet begreifen lassen. Gerade jene staatlichen Interventionen, die die Folgeschäden der Pandemiebekämpfung adressieren, sind eher als kurzfristiger Versuch zu verstehen, zwischen der zeitlichen Logik der nötigen Pandemiebekämpfung und den Erfordernissen des Kapitalismus zu vermitteln. Sie taugen daher kaum als Schablone für eine nachhaltige Einhegung des kapitalistischen Zeitregimes. Insbesondere wird deutlich, dass die verstärkten staatlichen Eingriffe kaum in der Lage waren, zeitbezogene Ungleichheit abzubauen. Die Allokation von Zeitbudgets, Rhythmen, Geschwindigkeiten, zeitlichen Orientierungen, zeitlicher Autonomie und Reihenfolgen wurde im Zuge der Pandemie zwar weniger durch die unsichtbare Hand des Marktes oder unternehmensinterne Koordinationsmechanismen bestimmt, dafür aber umso mehr durch politische Macht und Einflussnahme. Zeitbezogene Ungleichheiten wurden in der Krise daher trotz – und wegen – der Rückkehr des Staates fortgeschrieben.

Die Pandemie und die damit einhergehende temporäre Neuordnung der Zeit haben bewirkt, dass der individuelle und kollektive Umgang mit Zeit für viele Menschen stärker ins Bewusstsein gerückt ist. Dieser Umstand kann, wie Rosa erhofft, Anlass für einen Moment gesamtgesellschaftlicher Reflexion sein. Wenn die Coronakrise aber als Chance für eine nachhaltigere Neuordnung der Zeit begriffen werden soll, kann die Lösung nicht in einer einfachen Rückkehr des Staates und einem Fortschreiben der zeitlichen Logik des Ausnahmezustands liegen. Stattdessen müsste in den Blick genommen werden, wie das kapitalistische Regime vielfältige zeitbezogene Ungleichheiten erzeugt und verstärkt. Nur so ließen sich Maßnahmen entwickeln, die nicht nur marktliche und unternehmerische Koordination durch politische Entscheidungen ersetzen, sondern auch tatsächlich auf den Ausgleich zeitbezogener Ungleichheiten in kapitalistischen Gesellschaften zielen. Eine Zusammenführung wirtschafts- und zeitsoziologischer Perspektiven, wie sie dieses Papier in ersten Zügen skizziert, könnte als tragfähiges theoretisches Fundament für solch ein Unterfangen dienen.

## Literatur


Adam, Barbara. 2005. *Timescapes of Modernity: The Environment and Invisible Hazards*. London: Routledge.

Adam, Barbara. 2006. *Time*. Cambridge: Polity.

Adam, Barbara. 2016. „Time". *Theory, Culture & Society* 23 (2–3): 119–26.

Altena, Bert, und Lucian Hölscher. 2018. *Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.: Campus.

Auyero, Javier. 2010. „Chuck and Pierre at the Welfare Office". *Sociological Forum* 25 (4): 851–60.

Bakker, Isabella. 2007. „Social Reproduction and the Constitution of a Gendered Political Economy". *New Political Economy* 12 (4): 541–56.

BAST (Bundesanstalt für Straßenwesen). 2021. „Verkehrsbarometer 2021: Entwicklung des Straßenverkehrs auf Bundesfernstraßen nach Monaten". Abgerufen: 30. September 2021. https://www.bast.de/BASt_2017/DE/Statistik/Verkehrsdaten/Verkehrsbarometer-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=9.

Baumann, Menno, Markus Beier, Melanie Brinkmann, Dirk Brockmann, Heinz Bude, Clemens Fuest, Denise Feldner et al. 2021. „No-COVID Strategy". Abgerufen: 5. Oktober 2021. https://nocovid-europe.eu/.

Beckert, Jens. 2013. „Imagined Futures: Fictional Expectations in the Economy". *Theory and Society* 42 (3): 219–40.

Beckert, Jens. 2016. *Imagined Futures: Fictional Expectations and Capitalist Dynamics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Beckert, Jens. 2021. „The Firm as an Engine of Imagination: Organizational Prospection and the Making of Economic Futures". *Organization Theory,* online veröffentlicht 6. April 2021, doi: 10.1177%2F26317877211005773.

Beckert, Jens, und Lisa Suckert. 2021. „The Future as a Social Fact: The Analysis of Perceptions of the Future in Sociology". *Poetics* 84: 101499.

Berlinger, Rudolph. 1953. „Zeit und Zeitlichkeit bei Aurelius Augustinus". *Zeitschrift für philosophische Forschung* 7 (4): 493–510.

BMF (Bundesministerium der Finanzen). 2021. „FAQ ‚Corona' Steuern". Abgerufen: 3. Juli 2021. https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/2020-04-01-FAQ_Corona_Steuern_Anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). 2021a. „Corona-Pandemie: Aktuelle Informationen zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten". Abgerufen: 29. Juni 2021. https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/corona-pandemie.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). 2021b. „Aktionsprogramm ‚Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche'". Abgerufen: 13. Januar 2022. https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/corona-pandemie/aufholen-nach-corona.

BMJV (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz). 2021. „Corona-Pandemie". Abgerufen: 4. Juli 2021. https://www.BMJV.de/DE/Themen/FokusThemen/Corona/Corona_node.html.

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). 2021. „Coronahilfen: Bewilligungen und Auszahlungen in Milliarden Euro, Stand: [29.06.2021]". Abgerufen: 3. Juli 2021. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Wirtschaft/corona-hilfen-fuer-unternehmen-marginalspalte-IG.html.

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) und BMF (Bundesministerium der Finanzen). 2021. „Corona-Hilfen der Bundesregierung". Abgerufen: 29. Juni 2021. https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de.

Boltanski, Luc, und Eve Chiapello. 2007. *The New Spirit of Capitalism*. London: Verso.

Bonin, Holger, Werner Eichhorst, Annabelle Krause-Pilatus und Ulf Rinne. 2021. *Auswirkungen der Corona-Krise auf das Familien- und Erwerbsleben*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.

Bourdieu, Pierre. 1998. *Praktische Vernunft: Zur Theorie des Handelns*. Berlin: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre. 2000. *Die zwei Gesichter der Arbeit: Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*. Konstanz: UVK.
Brissett, Dennis, und Robert P. Snow. 1993. „Boredom: Where the Future Isn't". *Symbolic Interaction* 16 (3): 237–56.
Cvetkovski, Roland. 2006. *Modernisierung durch Beschleunigung: Raum und Mobilität im Zarenreich*. Frankfurt a.M.: Campus.
DIW Berlin (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). 2021. „Aktuelle Corona-Maßnahmen werden Wirtschaft nicht helfen, sondern Erholung erschweren". Statement vom 23. März 2021. Abgerufen: 3. Juli 2021. https://www.diw.de/de/diw_01.c.813926.de/aktuelle_corona-massnahmen_werden_wirtschaft_nicht_helfen__sondern_erholung_erschweren.html.
Doganova, Liliana. 2018. „Discounting and the Making of the Future: On Uncertainty in Forest Management and Drug Development". In *Uncertain Futures: Imaginaries, Narratives, and Calculation in the Economy*, hrsg. von Jens Beckert und Richard Bronk, 278–98. Oxford: Oxford University Press.
Dörre, Klaus. 2020. „Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft". *Berliner Journal für Soziologie* 30 (2): 165–90.
Durkheim, Émile. 2001. *The Elementary Forms of Religious Life*. Oxford: Oxford University Press.
Elias, Norbert. 1984. *Über die Zeit*. Hrsg. von Michael Schröter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Esposito, Elena. 2011. *The Future of Futures: The Time of Money in Financing and Society*. Cheltenham: Edward Elgar.
Foroni, Claudia, Massimiliano Marcellino und Dalibor Stevanovic. 2020. „Forecasting the Covid-19 Recession and Recovery: Lessons from the Financial Crisis". *International Journal of Forecasting*, online veröffentlicht 26. Dezember 2020, doi: 10.1016/j.ijforecast.2020.12.005.
Fraser, Nancy. 2016. „Contradictions of Capital and Care". *New Left Review* 100 7/8: 99–117.
Game, Verband der deutschen Games-Branche. 2021. „Deutliches Plus im Corona-Jahr: Deutscher Games-Markt wächst um 32 Prozent". 23. März 2021. Abgerufen: 29. September 2021. https://www.game.de/deutliches-plus-im-corona-jahr-deutscher-games-markt-waechst-um-32-prozent/.
GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft). 2020. „Warum Seuchen selten mitversichert sind". Abgerufen: 1. Oktober 2021. https://www.gdv.de/de/themen/positionen-magazin/warum-seuchen-selten-mitversichert-sind-57130.
Giraudeau, Martin. 2018. „Processing the Future: Venture Project Evaluation at American Research and Development Corporation (1946–1973)". In *Uncertain Futures: Imaginaries, Narratives, and Calculation in the Economy*, hrsg. von Jens Beckert und Richard Bronk, 259–77. Oxford: Oxford University Press.
Goodin, Robert E., James Mahmud Rice, Antti Parpo und Lina Eriksson. 2008. *Discretionary Time: A New Measure of Freedom*. Cambridge: Cambridge University Press.
Gupta, Sanjiv. 2007. „Autonomy, Dependence, or Display? The Relationship between Married Women's Earnings and Housework". *Journal of Marriage and Family* 69 (2): 399–417.
Habermas, Jürgen. 1958. „Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit". In *Konkrete Vernunft: Festschrift für Erich Rothacker*, hrsg. von Gerhard Funke, 219–31. Bonn: Bouvier.
Hale, Thomas, Noam Angrist, Rafael Goldszmidt, Beatriz Kira, Anna Petherick, Toby Phillips, Samuel Webster et al. 2021. „A Global Panel Database of Pandemic Policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker)". *Nature Human Behaviour* 5 (4): 529–38.
Hale, Thomas, Thomas Boby, Noam Angrist, Emily Cameron-Blake, Laura Hallas, Beatriz Kira, Saptarshi Majumdar, Anna Petherick, Helen Tatlow, und Samuel Webster. 2020. *Oxford COVID-19 Government Response Tracker.* Blavatnik School of Government, University of Oxford. https://www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/covid-19-government-response-tracker.
Hall, Peter A., und David Soskice. 2001. *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.

Han, Shin-Kap, und Phyllis Moen. 1999. „Clocking Out: Temporal Patterning of Retirement". *American Journal of Sociology* 105 (1): 191–236.
Honneth, Axel. 2002. *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Campus.
IATA (International Air Transport Association). 2021. „COVID-19 has been an unprecedented shock". Abgerufen: 29. April 2021. https://www.iata.org/en/iata-repository/publications/economic-reports/covid-19-has-been-an-unprecedented-shock/.
ILO (International Labour Organization). 2021. „ILO Monitor: COVID-19 and the world of work. Seventh edition". 25. Januar 2021. Genf: ILO. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/documents/briefingnote/wcms_767028.pdf.
Jessop, Bob. 2007. *State Power*. Cambridge: Polity.
Jun, Seung-Pyo, Hyoung Sun Yoo und San Choi. 2018. „Ten Years of Research Change Using Google Trends: From the Perspective of Big Data Utilizations and Applications". *Technological Forecasting and Social Change* 130: 69–87.
Kaufmann, Franz-Xaver. 1973. *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem: Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften*. Stuttgart: Enke.
Knoblauch, Hubert, und Martina Löw. 2020. „Dichotopie: Die Refiguration von Räumen in Zeiten der Pandemie". In *Die Corona-Gesellschaft: Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft,* hrsg. von Michael Volkmer und Karin Weber, 89–100. Bielefeld: transcript.
Koselleck, Reinhart. 2004. *Futures Past: On the Semantics of Historical Time*. New York: Columbia University Press.
Kraemer, Klaus. 2021. „Jens Beckert: Imaginierte Zukunft. Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus". In *Schlüsselwerke der Wirtschaftssoziologie*, hrsg. von Klaus Kraemer und Florian Brugger, 595–606. Wiesbaden: Springer.
Kumoll, Karsten. 2014. „Strategie (stratégie)". In *Bourdieu-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung*, hrsg. von Gerhard Fröhlich und Boike Rehbein, 225–27. Stuttgart: J.B. Metzler.
Lautenbacher, Stefan, Stefan Sauer und Klaus Wohlrabe. 2020. „Wie schwer fällt es Manager*innen, den Verlauf zukünftiger Geschäfte vorherzusagen? Das neue Maß der ifo Geschäftsunsicherheit". *ifo Schnelldienst* 73 (12): 32–35.
Lee, Heejin, und Jonathan Liebenau. 1999. „Time in Organizational Studies: Towards a New Research Direction". *Organization Studies* 20 (6): 1035–58.
Lynch, Caitrin. 2012. *Retirement on the Line: Age, Work, and Value in an American Factory*. Ithaca: ILR Press.
Manow, Philip. 1998. „Individuelle Zeit, institutionelle Zeit, soziale Zeit". *Zeitschrift für Soziologie* 27 (3): 193–211.
Manow, Philip. 2001. „Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie". *Leviathan* 29 (2): 179–98.
Marx, Karl. 1921. *Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: Dietz.
Maurer, Andrea. 1992. „Das Zeitgerüst der Arbeitswelt: Arbeitstag – Arbeitswoche – Arbeitsjahr". *Arbeit* 1 (3): 282–98.
Minijob-Zentrale. 2021. „Corona: Haben Minijobber Anspruch auf Kinderkrankengeld?" *Die Minijob-Zentrale*. Abgerufen: 27. April 2021. https://blog.minijob-zentrale.de/corona-anspruch-kinderkrankengeld/.
Muniesa, Fabian, Liliana Doganova, Horacio Ortiz, Álvaro Pina-Stranger, Florence Paterson, Alaric Bourgoin, Véra Ehrenstein et al. 2017. *Capitalization: A Cultural Guide*. Paris: Presses des Mines.
Nassehi, Armin. 2008. *Die Zeit der Gesellschaft auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Nowotny, Helga. 1989. *Eigenzeit: Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

OECD. 2021a. „The State of Global Education: 18 Months into the Pandemic". Abgerufen: 30. September 2021. https://read.oecd-ilibrary.org/education/the-state-of-global-education_1a23bb23-en.
OECD. 2021b. *Strengthening the Recovery: The Need for Speed*. OECD Economic Outlook, Interim Report March 2021. Paris: OECD Publishing. Abgerufen: 28. April 2021. https://doi.org/10.1787/34bfd999-en.
Ohlmeier, Silke, Mariusz Finkielsztein und Holger Pfaff. 2020. „Why We Are Bored: Towards a Sociological Approach to Boredom". *Sociological Spectrum* 40 (3): 208–25.
Radkau, Joachim. 2017. *Geschichte der Zukunft: Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute*. München: Carl Hanser.
Reckwitz, Andreas. 2016. „Zukunftspraktiken: Die Zeitlichkeit des Sozialen und die Krise der modernen Rationalisierung der Zukunft". In *Die Ungewissheit des Zukünftigen: Kontingenz in der Geschichte*, hrsg. von Frank Becker, Benjamin Scheller und Ute Schneider, 31–54. Frankfurt a.M.: Campus.
Rice, James Mahmud, Robert E. Goodin und Antti Parpo. 2006. „The Temporal Welfare State: A Crossnational Comparison". *Journal of Public Policy* 26 (3): 195–228.
Rosa, Hartmut. 2013. *Social Acceleration: A New Theory of Modernity*. New York: Columbia University Press.
Rosa, Hartmut. 2016. *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
Rosa, Hartmut. 2020. „Pfadabhängigkeit, Bifurkationspunkte und die Rolle der Soziologie: Ein soziologischer Deutungsversuch der Corona-Krise". *Berliner Journal für Soziologie* 30 (2): 191–213.
Sauer, Stefan, und Klaus Wohlrabe, Hg. 2020. *ifo Handbuch der Konjunkturumfragen*. ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung. München: ifo Institut.
Schumpeter, Joseph A. 2000. *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Stuttgart: UTB.
Schwartz, Barry. 1974. „Waiting, Exchange, and Power: The Distribution of Time in Social Systems". *American Journal of Sociology* 79 (4): 841–70.
SensorTower. 2021. „COVID-19's App Impact: One Year Later". Abgerufen: 29. Oktober 2021. https://go.sensortower.com/covid-19-app-impact-2021.html.
Serafin, Marcin. 2019. „Cabdrivers and Their Fares: Temporal Structures of a Linking Ecology". *Sociological Theory* 37 (2): 117–41.
Sewell Jr, William H. 2008. „The Temporalities of Capitalism". *Socio-Economic Review* 6 (3): 517–37.
Sharma, Sarah. 2014. *In the Meantime: Temporality and Cultural Politics*. Durham: Duke University Press.
Simmel, Georg. 1978. *The Philosophy of Money*. New York: Routledge.
Snyder, Benjamin H. 2013. „From Vigilance to Busyness: A Neo-Weberian Approach to Clock Time". *Sociological Theory* 31 (3): 243–66.
Snyder, Benjamin H. 2016. *The Disrupted Workplace: Time and the Moral Order of Flexible Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
Sorokin, Pitirim A., und Robert K. Merton. 1937. „Social Time: A Methodological and Functional Analysis". *American Journal of Sociology* 42 (5): 615–29.
Statistisches Bundesamt. 2021a. „Mobilitätsindikatoren auf Basis von Mobilfunkdaten". Abgerufen: 6. Juli 2021. https://www.destatis.de/DE/Service/EXDAT/Datensaetze/mobilitaetsindikatoren-mobilfunkdaten.html.
Statistisches Bundesamt. 2021b. „Bruttoanlageinvestitionen". Abgerufen: 8. Juli 2021. https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Tabellen/lrvgr03.html.
Statistisches Bundesamt. 2021c. „4,5 % weniger Gründungen größerer Betriebe im Jahr 2020 – Sondereffekte durch Corona-Pandemie". Abgerufen: 6. Juli 2021. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/02/PD21_062_52311.html.
Statistisches Bundesamt. 2021d. „Insolvenzen nach Jahren". Abgerufen: 6. Juli 2021. https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Gewerbemeldungen-Insolvenzen/Tabellen/lrins01.html.

Statistisches Bundesamt. 2021e. „VGR des Bundes – Arbeitnehmerentgelt: Deutschland, Jahre, Wirtschaftsbereiche". Abgerufen: 18. Oktober 2021. https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=table&code=81000-0110&bypass=true&levelindex=0&levelid=1625506326459#abreadcrumb.

Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.

Suckert, Lisa. 2021. „The Coronavirus and the Temporal Order of Capitalism: Sociological Observations and the Wisdom of a Children's Book". *The Sociological Review* 69 (6): 1162–78.

Thompson, E. P. 1967. „Time, Work-Discipline, and Industrial Capitalism". *Past & Present* 38 (1): 56–97.

Tilly, Charles. 1994. „The Time of States". *Social Research* 61 (2): 269–95.

Urry, John. 2016. *What Is the Future?* Cambridge: Polity.

Wajcman, Judy. 2008. „Life in the Fast Lane? Towards a Sociology of Technology and Time". *British Journal of Sociology* 59 (1): 56–77.

Wajcman, Judy. 2015. *Pressed for Time: The Acceleration of Life in Digital Capitalism*. Chicago: University of Chicago Press.

Wajcman, Judy, und Nigel Dodd. 2016. *The Sociology of Speed: Digital, Organizational, and Social Temporalities*. Oxford: Oxford University Press.

Weber, Max. (1920) 2010. *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. München: Beck.

Wenzel, Matthias, Hannes Krämer, Jochen Koch und Andreas Reckwitz. 2020. „Future and Organization Studies: On the Rediscovery of a Problematic Temporal Category in Organizations". *Organization Studies* 4 (10): 1441–55.

Zucco, Aline, und Yvonne Lott. 2021. „Stand der Gleichstellung: Ein Jahr Corona". *WSI Report* 64, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

## Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

### MPIfG Discussion Papers

DP 21/6
G. Rilinger
**The Organizational Roots of Market Design Failure:** Structural Abstraction, the Limits of Hierarchy, and the California Energy Crisis of 2000/01

DP 21/5
T. Ergen, S. Kohl, and B. Braun
**Firm Foundations:** The Statistical Footprint of Multinational Corporations as a Problem for Political Economy

DP 21/4
B. Bremer, D. Di Carlo, L. Wansleben
**The Constrained Politics of Local Public Investments under Cooperative Federalism**

DP 21/3
L. Baccaro, E. Neimanns
**Determinants of Wage (Dis-) Satisfaction:** Trade Exposure, Export-Led Growth, and the Irrelevance of Bargaining Structure

DP 21/2
M. Höpner
**Dürfen europäische Gesetze Grundfreiheiten einschränken?**

DP 21/1
M. Höpner
**Proportionality and Karlsruhe's Ultra Vires Verdict:** Ways Out of Constitutional Pluralism?

DP 20/14
M. Kalaitzake
**Resilience or Relocation?** Expectations and Reality in the City of London since the Brexit Referendum

DP 20/13
R. Dukes, W. Streeck
**From Industrial Citizenship to Private Ordering?** Contract, Status, and the Question of Consent

DP 20/12
F. Bulfone
**The Political Economy of Industrial Policy in the European Union**

DP 20/11
S. Schiller-Merkens
**Scaling Up Alternatives to Capitalism**
A Social Movement Approach to Alternative Organizing (in) the Economy

DP 20/10
L. Baccaro, B. Bremer, and E. Neimanns
**Is the Euro up for Grabs?** Evidence from a Survey Experiment

DP 20/9
L. Baccaro, M. D'Antoni
**Has the "External Constraint" Contributed to Italy's Stagnation?** A Critical Event Analysis

DP 20/8
S. A. Rothstein
**Toward a Discursive Approach to Growth Models:** Social Blocs in the Politics of Digital Transformation

DP 20/7
R. Mayntz
**Causal Mechanism and Explanation in Social Science**

### MPIfG Books

M. Dewey
**Making It at Any Cost:** Aspirations and Politics in a Counterfeit Clothing Marketplace
University of Texas Press, 2020

J. Gojowczyk
**Umweltschutz in katholischen Orden:** Interpretieren, Bewerten und Verhandeln als Teilprozesse der Glokalisierung
Springer VS, 2020

A. Leendertz, U. Schimank (Hg.)
**Ordnung und Fragilität des Sozialen:** Renate Mayntz im Gespräch
Campus, 2019

A. Madariaga
**Neoliberal Resilience:** Lessons in Democracy and Development from Latin America and Eastern Europe
Princeton University Press, 2020

P. Manow
**Social Protection, Capitalist Production:** The Bismarckian Welfare State in the German Political Economy, 1880–2015
Oxford University Press, 2020

W. Streeck
**Critical Encounters:** Capitalism, Democracy, Ideas
Verso, 2020

W. Streeck
**Zwischen Globalismus und Demokratie:** Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus
Wolfgang Streeck
Suhrkamp, 2021

### Ordering Information

*MPIfG Discussion Papers*
Order printed copies from the MPIfG or download PDF files from the MPIfG website (free).

*MPIfG Books*
At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de
Go to *Publications.*

### New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsoffene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The Institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT